

Hiller, Christopher

**Untersuchung der Vernetzung und Kooperation der am
Integrationsprozess beteiligten Personen in einer
Kindertagesstätte in Leipzig**

Wie lässt sich der Inklusionsgedanke in Kindertageseinrichtungen
umsetzen?

MASTERARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2015

Hiller, Christopher

**Untersuchung der Vernetzung und Kooperation der am
Integrationsprozess beteiligten Personen in einer
Kindertagesstätte in Leipzig**

Wie lässt sich der Inklusionsgedanke in Kindertageseinrichtungen
umsetzen?

MASTERRARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2015

Erstprüferin: Frau Prof. Dr. jur. Christina Niedermeier

Zweitprüferin: Frau Prof. Dr. phil. Barbara Wedler

Bibliographische Beschreibung

Hiller, Christopher:

Untersuchung der Vernetzung und Kooperation der am Integrationsprozess beteiligten Personen in einer Kindertagesstätte in Leipzig Wie lässt sich der Inklusionsgedanke in Kindertageseinrichtungen umsetzen? 91 S.

Mittweida, Hochschule Mittweida, Fakultät Soziale Arbeit,
Masterarbeit, 2015

Referat:

Die Masterarbeit befasst sich mit der Integration in Kindertagesstätten in Leipzig. Dabei werden die am Integrationsprozess beteiligten AkteurInnen in Form von telefonischen Interviews zu deren Erlebnissen und Erfahrungen befragt. Hauptaugenmerk der Arbeit liegt dabei auf der Verbesserung der aktuellen Integration, um zukünftig eine Grundlage für den Wandel zur Inklusion zu schaffen. Dafür sollen alle beteiligten AkteurInnen zur Kooperation und zur Vernetzung angeregt werden. Anhand der Befragungen sollen dazu Ressourcen und Herausforderungen herausgestellt werden, die für die Initiierung eines solchen Kooperationsnetzwerkes beachtet werden müssen.

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	IV
1. Einleitung	1
2. Inklusion	4
2.1. Integration und Inklusion	5
2.2. Feststellungsverfahren zur Eingliederungshilfe	10
2.3. Rechtliche Rahmungen.....	12
2.3.1. Rechtliche Grundlagen zur Inklusion	12
2.3.2. Rechtlicher Rahmen für Kitas	17
2.4. Inklusion und Kita	19
2.5. Von der integrativen zur inklusiven Kita	21
3. Abstimmungsprozesse und Zusammenwirkung.....	23
3.1. Vernetzung.....	26
3.2. Kooperation	27
3.3. Vernetzung und Kooperationen.....	30
3.3.1. Rechtliche Grundlagen zur Vernetzung und Kooperation	30
3.3.2. Faktoren für eine kooperative Vernetzung	33
3.3.3. Kooperationsnetzwerk Kita	37
4. Akteure	38
5. Studien	41
5.1. Sächsisches Landesmodellprojekt Inklusion in Kindertageseinrichtungen „Eine Kita für Alle“.....	41
5.2. Kommunale Netzwerke für Kinder	42
5.3. Frühe Chance - Lernort Praxis.....	45

6.	Erhebungsmethode	47
6.1.	Befragung der beteiligten AkteurInnen zum Aufbau eines gemeinsamen Kooperationsnetzwerks Kita	47
6.2.	Das Experteninterview	50
6.3.	Leitfadeninterview	52
6.4.	Telefoninterview	54
6.5.	Interviewsituation	56
6.6.	Zusammenfassendes Protokoll	57
6.7.	Auswertungsverfahren	58
7.	Ergebnisse	62
7.1.	Quantitative Auswertung	62
7.2.	Qualitative Auswertung	64
7.2.1.	Kooperationsqualität	65
7.2.2.	Informationen	67
7.2.3.	Kooperationsgestaltung	69
7.2.4.	Kooperationsvorteile	72
7.2.5.	Kooperationsnachteile	74
7.2.6.	Beteiligung	76
7.2.7.	Weiterentwicklung Inklusion	78
7.3.	Zusammenfassung	80
8.	Fazit	82
	Literaturverzeichnis	87
	Internetquellen	90
	Anhang-Fragebogen	92
	Erklärung	94

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Codierung	60
Tabelle 2:	Zuordnungshäufigkeiten	63

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Schritte zur Inklusion von Robert Aehnelt	7
Abbildung 2: Koexistenz.	27
Abbildung 3: Koordination	28
Abbildung 4: Koalition	28
Abbildung 5: Koalition und Inklusion	29
Abbildung 6: Leitfaden Kooperationsnetzwerk Kita.....	83

1. Einleitung

Das Thema Inklusion ist seit vielen Jahren in allen Bereichen der Gesellschaft allgegenwärtig. Gerade für den Bildungsbereich ist der Begriff der Inklusion ins Visier der Medien und der Politik geraten. Mit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention trat 2009 auch in Deutschland das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft. Seit dem gibt es viele Diskussionsrunden, die sich vor allem mit der Umsetzung der Regelungen im Speziellen für den Bildungsbereich auseinandersetzen. Im Schulbereich werden Sonderschulformen abgeschafft und die SchülerInnen können in integrativen Klassen gleichberechtigt lernen. Es gibt Kindertageseinrichtungen mit integrativem Profil und konzeptionellen Umsetzungsideen, die ein gemeinsames Miteinander ermöglichen.

Die Konvention ist vor 6 Jahren in Deutschland in Kraft getreten und ist damit noch ein relativ junges Abkommen. Das zeigt sich vor allem in der Praxis. Im Bereich der Kindertagesstätten müssen neue Herausforderungen und Ansprüche miteinander vereinbart werden. Dabei werden Kindertageseinrichtungen oft mit den Regelungen auf Landes- und Kommunalebene konfrontiert. Um Gelder und Personal zu erhalten, müssen verschiedene Anträge an unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche gestellt werden. Es werden zeitaufwendige Tests gemacht und Diagnosen gestellt. Für die Genehmigung eines integrativen Platzes müssen die Einschränkungen des Kindes stark defizitär dargestellt werden. Eine weitere Schwierigkeit ist es, dass oft auch im Nachhinein der Platz zur Integration eines Kindes abgelehnt wird. Dies schafft belastende Momente für die Kinder und das Personal, da es einen zusätzlichen Bedarf an Unterstützungsleistungen gibt, der zu Lasten aller kompensiert wird, ohne notwendige personelle Ressourcen zu erhalten. Ich arbeite selbst in einer integrativen Kindertagesstätte und habe dadurch einen Bezug zu dem Thema bekommen. Ich sehe die täglich vielseitigen Aufgaben und Herausforderungen, vor die das Personal, Eltern und Kinder gestellt werden, die wiederum Unsicherheiten produzieren. In meiner vorherigen Tätigkeit habe ich mit Erwachsenen zusammen gearbeitet, die behindert oder von Behinderung bedroht sind und konnte feststellen, dass hier die Regelungen zur Eingliederungshilfe transparenter und zielführender umgesetzt werden. Ich habe als

Betreuer im teilstationären und ambulanten Wohnen für Menschen mit Handicap gearbeitet. In diesem Bereich stehen angemessene finanzielle und damit auch verbundene soziale Leistungen zur Verfügung. Diese können durch die Mitarbeitenden bedarfsgerecht angeboten werden und es ist möglich, sich die individuell benötigte Zeit für die BewohnerInnen zu nehmen. Die Plätze in der Wohngemeinschaft oder auch der eigene Wohnraum der Menschen wurden finanziert, es waren genügend Mittel da, um den täglichen Lebensbedarf zu bedienen, materielle Wünsche zu erfüllen und in den Urlaub zu fahren. Durch diese Erfahrung habe ich gemerkt, dass es im Elementarbereich keine passende Abstimmung zwischen den AkteurInnen gibt, um immer bedarfsgerecht mit den Kindern zu arbeiten. Daher möchte ich mich in dieser Arbeit intensiver mit der Thematik der Inklusion in Kindertagesstätten auseinandersetzen.

Zeit- und Betreuungsressourcen sind wertvolle Güter in der Bildungsarbeit, vor allem mit Kindern. Diese sollten nicht mit der Ausarbeitung von Defiziten in Form von Eingliederungsanträgen und Entwicklungsberichten verschwendet werden, sondern explizit für die Arbeit mit allen Kindern genutzt werden. Hauptaugenmerk dieser Arbeit soll sein, wie die Integration von Kindern verbessert werden kann und welche Möglichkeiten es gibt, dass Inklusion in Kindertageseinrichtungen hergestellt werden kann. Des Weiteren soll erörtert werden, ob Vernetzung und Kooperation der beteiligten AkteurInnen eine Verbesserung des Integrationsprozesses bewirken kann. Daher beschäftige ich mich auch im ersten Teil dieser Arbeit mit den theoretischen Begrifflichkeiten der Integration, Inklusion, der Vernetzung und der Kooperation. Im Weiteren werde ich mündliche Interviews mit beteiligten AkteurInnen führen und die Ergebnisse qualitativ auswerten. Aus den Ergebnissen möchte ich einen Leitfaden für Kindertageseinrichtungen erstellen. Dieser soll eine effizientere Zusammenarbeit der beteiligten Personen und somit bessere Handlungsmöglichkeiten schaffen. Dadurch wird wirkungsvoll und zielgerichtet für alle Kinder gleichberechtigt Bildungsarbeit möglich werden. Dies knüpft an die Kernforderungen zur Inklusion an und soll eine praxistaugliche Handlungsweise ermöglichen.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass ich mich persönlich von stigmatisierenden und defizitorientierten Bezeichnungen distanzieren. Da jedoch in allen Konventionen, Verordnungen und Programmen von Behinderten oder Personen, die von Behinderung bedroht sind, geschrieben wird und explizit die Hilfebedürftigkeiten der

Menschen herausgestellt werden, muss sich auch diese Arbeit in ihrer Formulierung an den Quellen orientieren. Ich musste schon oft solche defizit- und hilfebedarfsorientierten Berichte schreiben. Leider sind für die Unterstützung keine ressourcenorientierten Betrachtungen gewollt, die eine positive Prozessdarstellung ermöglichen würden.

2. Inklusion

Soziale Arbeit ist in ihren Ursprüngen aus der organisierten Hilfe für bedürftige Menschen entstanden. Das Arbeitsfeld hat sich in der Entwicklung sehr verändert und ist mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen zu finden. Im Rahmen der Professionalisierungsdebatte von Sozialer Arbeit werden auch die Begrifflichkeiten, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsfeld stehen, intensiv diskutiert. Dabei werden die Stellung und die Zuständigkeitsbereiche von Sozialer Arbeit erörtert. Der Hauptauftrag von Sozialer Arbeit ist jedoch immer die gesamtgesellschaftliche Partizipation von Menschen.

Der Begriff der Inklusion ist in seiner Form für verschiedene Kontexte definiert worden. Der Soziologe Niklas Luhmann hat sich im Rahmen der Systemtheorie mit Inklusion auseinandergesetzt (Otto, Thiersch 2011: S.1614 ff). Bei seinen Überlegungen zu Teilhabe und Ausschluss von gesellschaftlich relevanten Teilsystemen wurde der Begriff der Inklusion immer der Exklusion gegenüber gestellt. Dabei wird betrachtet, wie Personen im Sozialsystem interagieren und wie diese im gesellschaftlichen Gesamtsystem berücksichtigt werden. Inklusion bildet somit ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ab. Es beschreibt wie AkteurInnen als Teil einer Gesellschaft an den relevanten Gütern Zugang erhalten oder ausgeschlossen werden (Merten 2001: S. 181).

In der Pädagogik stammt der Begriff Inklusion aus dem Englischen und wird hier schon seit den 80er Jahren im Rahmen der Bildungspolitik verwendet. Seit einigen Jahren wird der Begriff im deutschsprachigen Raum vielseitig erörtert. Das Wort Inklusion leitet sich aus dem lateinischen includere ab und bedeutet einschließen. Inklusion ist allgemeinpädagogisch zu verwenden und soll somit in allen gesellschaftlichen Bereichen angewandt werden. Allen Menschen wird gleichberechtigt, selbstbestimmt und unabhängig von der individuellen Entwicklung Teilhabe an Unterstützungssystemen gewährleistet. Dabei sollen keine Sonderpositionen geschaffen werden. Somit erhalten Personen pauschal Unterstützung, ohne stigmatisiert zu werden. Es erhalten alle freien Zugang zu den gemeinschaftlichen Gütern der Gesellschaft. Die Gesellschaft zeichnet sich durch Diversität der Menschen aus, die gemeinsam

miteinander zusammenleben und eine starke Solidarität zueinander haben (Antor 2006: S.97-99). Jeder erhält die nach seinem Bedarf notwendigen Leistungen, ohne explizit Ansprüche dafür stellen zu müssen. Unterstützung wird allen gleichberechtigt zur Verfügung gestellt und muss nicht auf Grund bestimmter Einschränkungen gesondert beantragt werden. Die Menschen in einer Gesellschaft gelten als gemeinsames heterogenes geschlossenes Gesamtsystem. In einer inklusiven Gesellschaft müssen Ausschlüsse benannt werden, um jegliche Form der Exklusion abzuschaffen.

Diese Definition von Inklusion beschreibt sehr treffend, dass jeder in der Gesellschaft gleichsam Unterstützung erhält, um seine Bedürfnisse umsetzen zu können. Das ist für alle gesellschaftlichen Bereiche allgemeingültig. Das gesellschaftliche Bild zeichnet sich durch die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit und Vielseitigkeit der Menschen aus. Die Vielfalt an Kompetenzen und die Heterogenität gilt als Bereicherung aller in der Gemeinschaft. Den Bedürfnissen der Menschen passen sich die institutionellen Strukturen an. Inklusion ist ein Zustand, in dem alle Menschen miteinander verbunden in allen gesellschaftlichen Bereichen partizipieren. Die Verschiedenheit der AkteurInnen ist Normalität und kennzeichnet das Miteinander.

Hier zeigt sich auch, dass schon seit jeher Ziel der Sozialen Arbeit die Teilhabe aller Menschen ist. Dies knüpft an den weiter oben beschriebenen Prozessen in der Sozialen Arbeit an und verdeutlicht die enge Verbindung des Inklusionsgedanken und der Sozialen Arbeit. Somit ist Auftrag und Anspruch an die Soziale Arbeit, Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen.

2.1. Integration und Inklusion

Im Zuge meiner ersten Recherchen zu meinem Masterarbeitsthema machte ich die Feststellung, dass in der Literatur zu Rechten von Menschen mit Behinderung der Begriff der Inklusion genutzt wird. Ich war über diesen Begriff irritiert, da im praktischen Arbeitsfeld und im Eingliederungsprozess der Begriff der Integration dominiert. Kindertagesstätten oder Schulen, die sich für Menschen mit besonderem Förderbedarf öffnen, werden als integrativ bezeichnet. Des Weiteren sind die Gesetze in

ihrem Wortlaut auf Integration ausgerichtet. In der theoretischen Auseinandersetzung mit den Begriffen Exklusion, Segregation, Integration und Inklusion ist mir jedoch klar geworden, dass der Begriff der Inklusion der treffende wäre. Inklusion beschreibt allumfassend die Notwendigkeiten für einen gelungenen Prozess der Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen in der Gesellschaft. Nach meiner Auffassung und Erkenntnis wird Inklusion auch in der zukünftigen Debatte über die Zugehörigkeit aller Menschen wesentlich sein und den Begriff der Integration ablösen.

In der Literatur zur Integration und Inklusion hat das Vier-Stufenmodell nach Sander und Hinz verbreitete Anwendung gefunden. Hierbei werden die vier Phasen Exklusion, Separation, Integration und Inklusion unterschieden (Balz, Benz, Kuhlmann 2012: S. 137).

Die erste Phase wird als **Exklusion** bezeichnet. Es besteht einzig und allein das Recht auf Leben. Menschen die einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben können nicht am Bildungs- und Erziehungssystem partizipieren und werden in speziellen Einrichtungen oder im Idealfall durch den Familienkreis betreut.

Die zweite Phase ist die **Segregation**. Hierbei werden die Menschen, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben, aus den gesellschaftlichen Strukturen in Sonderformen separiert. Sie werden nach Fähigkeiten und Eigenschaften ausgegliedert und erhalten in einem speziellen Schulwesen gesonderte Bildung. Es wird das Recht auf Bildung zugesichert.

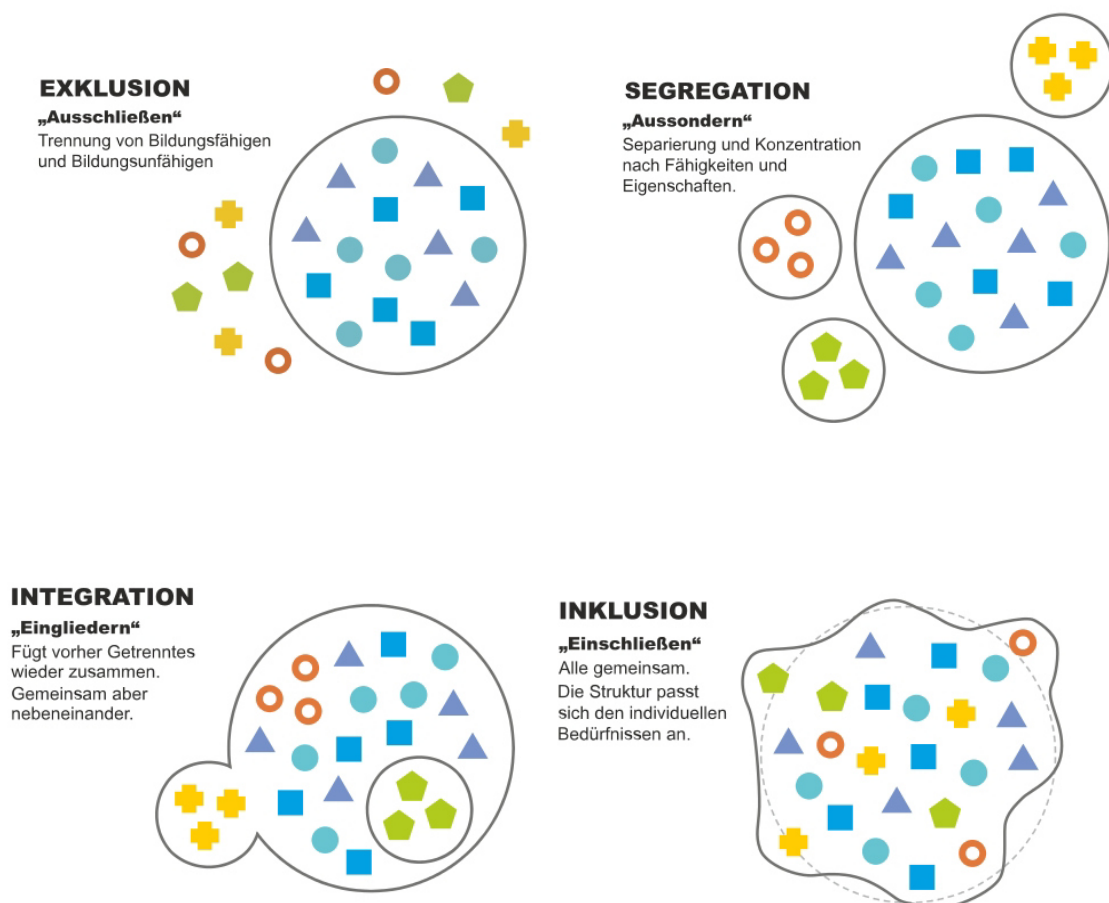
Die dritte Phase wird als **Integration** bezeichnet. Menschen mit Förderbedarf werden in die gesellschaftlichen Strukturen gesondert einbezogen. In einer gemeinsamen Struktur gibt es somit unterschiedliche Gruppen, die zusammen agieren aber verschiedenartig behandelt werden. Hierbei wird zwischen Personen mit besonderem Bedarf und Personen ohne besonderen Bedarf unterschieden. Personen, die einen zusätzlichen Bedarf haben, erhalten eine Diagnose und werden stigmatisiert. Es besteht das Recht auf gemeinsame Teilhabe.

Die vierte Phase ist die **Inklusion**. Hierbei werden Menschen, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben, gemeinsam in eine gesellschaftliche Struktur einbezogen, ohne einen besonderen Status zu erhalten. Die Gesellschaft zeichnet sich durch die

Unterschiedlichkeit und Vielseitigkeit der Menschen aus. Die Strukturen passen sich den Bedürfnissen aller an. Es besteht das Recht auf Gleichwertigkeit und Selbstbestimmung aller Menschen (vgl. Wocken 2010: S. 1-5).

Das Vier-Phasenmodell zeigt noch einmal deutlich, wie sich die Teilhabe von Menschen mit besonderem Bedarf in gesellschaftlichen Strukturen sukzessiv entwickelt. Es werden Teilhabebarrieren und Zugangsbeschränkungen stufenweise abgebaut, hin zu einer anpassungsfähigen und für alle offenen Struktur. Durch die UN-Konvention besteht sogar das Recht zur Inklusion und damit zur gleichwertigen und gesamtgesellschaftlichen Partizipation aller Menschen.

Abbildung 1: Schritte zur Inklusion von Robert Aehnelt



Im Wesentlichen werden die Begriffe der Integration und Inklusion durch die Abgrenzungen der möglichen Erreichbarkeiten von individuellen Bedürfnissen in einer Gesellschaft definiert. In der aktuellen theoretischen Debatte über Abgrenzung von Integration und Inklusion ergeben sich drei Betrachtungsweisen (vgl. Veber, 2010: S. 56-59).

- **Inklusion = Integration**

Bei dieser Betrachtungsweise werden die beiden Begriffe gleichbedeutend gebraucht, ohne eine inhaltliche Differenzierung vorzunehmen. Wobei dies zeigt, dass keine fundierte Auseinandersetzung bezüglich deren Bedeutung stattgefunden hat und somit keine offizielle Präsenz in Anspruch nehmen kann.

- **Inklusion = optimierte Integration**

In dieser Betrachtungsweise werden die Nachteile, die sich aus der Integrationsarbeit ergeben, in den Fokus gerückt, um diese für das aktuelle Integrationsverständnis zielgerecht abstellen zu können.

- **Inklusion = optimierte und erweiterte Integration**

Diese Betrachtungsweise bezieht die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit der Menschen zu einer Gesamtheit in den Blickpunkt. Es erfolgt eine inhaltliche Differenzierung von Integration und Inklusion.

Die optimierte und erweiterte Integration zeichnet den aktuellen Stand im Transformationsprozess von der Integration zur Inklusion ab und spiegelt das momentane Verständnis in der Inklusionsdebatte wider. Daraus lässt sich ableiten, dass die allgegenwärtigen Forderungen Inklusion umzusetzen, nicht erfüllt werden. Es werden viel mehr die Schwächen und Nachteile der Integrationsarbeit abgebaut. Dies führt dazu, dass man sich der Inklusionsarbeit zwar annähert, es bedarf jedoch noch vielfältiger Anstrengungen, um die Gesellschaft inklusiv zu gestalten.

Integration und Inklusion stehen im starken Zusammenhang miteinander. Bei der Integration werden die Menschen mit ihrem besonderen Bedarf in die gesellschaftlichen Systeme einbezogen. Leistungen müssen explizit beantragt werden und dafür findet eine Herausstellung der Unterschiede und der Benachteiligungen statt. Im Rahmen der Integration kam es in der Vergangenheit zu selektiven Prozessen, die exklusive Unterstützungsformen beinhalten. Die Integration wird häufig im Zusammenhang mit bestimmten Personengruppen, die integriert werden oder sich integrieren sollen, gebracht. Dies bedarf zusätzlicher Aufwendungen, die in bestehende Strukturen eingebracht werden sollen. Dadurch erhält der Begriff eine negative Konjunktion und steht entgegen des gemeinschaftlichen eingegliederten Zusammenwirkens. Inklusion ist umfassender und beschreibt das Höchstmaß an Teilhabe aller Menschen. Die Menschen befinden sich gemeinsam in einer Struktur eingeschlossen und agieren gemeinsam miteinander. Integration ist die Vorstufe zur Inklusion (Bachmann 2011: S. 87). Den Begriff der Integration habe ich für die vorherrschenden Arbeitsformen für Personen mit spezifischem Unterstützungsbedarf benutzt. Für zukünftige Handlungsweisen und heute schon gegebene Voraussetzungen, bei der alle Personen als ein homogenes Bild angesehen werden und alle zusammen gleichberechtigt Unterstützung erhalten, den Begriff der Inklusion. Inklusion soll der zukünftige Maßstab für die gesamtgesellschaftliche Teilhabe aller Menschen sein und wird von mir bewusst als Begriff für die Förderung aller Kinder genutzt. Aktuell befinden wir uns in einem Transformationsprozess bei dem Politik, Wissenschaft und Praxis vor der Herausforderung stehen, für alle Verpflichtungen und Rahmenbedingungen zu schaffen, um von der Integration zur Inklusion zu gelangen. Momentan ist noch nicht absehbar, wie lange dieser Prozess andauern wird. Inklusion hat eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Daher ist es wichtig alle AkteurInnen in dem Prozess zu begleiten, damit Inklusion am Ende nicht auferlegt, sondern von allen akzeptiert und anerkannt wird. Die rechtlichen Grundlagen zur Inklusion bilden die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung sowie das deutsche Sozialgesetzbuch. In der englischsprachigen Version der UN-Konvention wird der Begriff der Inklusion explizit benutzt - im Deutschen wird dieser als Teilhabe übersetzt. In den Sozialgesetzbüchern wird der Begriff der Inklusion gar nicht genutzt. Die Sächsische Integrationsverordnung benutzt schon im Titel das Wort Integration. Die Gesetzestexte sind jedoch im Sinne des Inklusionsgedankens geschrieben und vertreten die Kernforderungen der Inklusionsdebatte.

2.2. Feststellungsverfahren zur Eingliederungshilfe

Bei der Diskussion zu den Unterstützungsleistungen ist der momentane gesetzliche Stand, dass eine Diagnosestelle eine Begutachtung durchführt. Die Begutachtung erfolgt durch eine ärztliche Untersuchung. Diese richtet sich nach der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD) der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Diese ist die international vereinheitlichte amtliche Diagnoseklassifikation zur Krankheitsbeschreibung und heißt ICD-10-WHO (DIMDI 2015). Im Rahmen der Diagnose und der damit verbundenen Klassifikation werden die Grundlagen für die Einordnung des Integrationsbedarfs zur Eingliederungshilfe getroffen. Die Anregung für die Feststellung eines Unterstützungsbedarfs kann im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen, durch den Hinweis des Kitapersonals in Abstimmung mit den Eltern oder auf Eigeninitiative der Eltern erfolgen. Nach dem Sozialgesetzbuch IX gibt es drei Unterscheidungskriterien, nach denen die betroffenen Kinder eine Diagnose erhalten. Dies bezeichnen körperliche, geistige und seelische Einschränkungen, von denen die Betroffenen an der gesellschaftlichen Teilhabe beeinträchtigt werden (SGB IX § 2). Da die Entwicklungen der Kinder im Kita-Alter sehr unterschiedlich sind, gibt der Gesetzgeber hier die Regelung vor, dass eine Beeinträchtigung länger als sechs Monate vorhanden sein soll. Dadurch wird das Risiko einer vorschnellen sozialen Zuschreibung vermieden und Verzögerungen, die sich alters- und entwicklungsbedingt wieder angleichen, mit beachtet. Somit werden auch keine unnötigen Untersuchungen und eventuelle Fehldiagnosen veranlasst.

Die Feststellung eines Förderbedarfes für ein Kind kann über die externe Anfrage nach einem freien Platz oder durch die Feststellung eines erhöhten Bedarfs erfolgen. Danach erfolgt ein Austausch mit der Familie über den Förderbedarf und ob dieser in der Kita gewährleistet werden kann. Nach der Klärung wird ein Antrag auf Eingliederungshilfe beim zuständigen Kostenträger gestellt. Diesem wird eine Entwicklungseinschätzung durch die Kita sowie eine ärztliche Stellungnahme beigelegt. Der Kostenträger erarbeitet für die Wiedereingliederung des Kindes aus der ärztlichen Diagnose Ziele, die mit dem Kind erreicht werden sollen. Diese Ziele werden in einem Förderplan erstellt. Bei der Arbeit mit integrativen Kindern in einer Kita müssen regelmäßige Sozial- und

Entwicklungsberichte für den Kostenträger erarbeitet werden, welche die Zielerreichungen darstellen und Defizite aufzeigen. Diese werden mit den Eltern besprochen und unter Einwilligung der Eltern an den Kostenträger weitergegeben.

Für die Form zur Erstellung der Entwicklungsberichte in der Kita gibt es keine gesetzlichen Vorgaben. Diese orientieren sich jedoch an den Zielen, die durch den Förderplan des Kostenträgers vorgegeben sind. Die Förderpläne werden anhand der ärztlichen Diagnose erstellt und richten sich daher nach den Klassifikationen der ICD-10-WHO.

Die Erstellung der Entwicklungsberichte für den Kostenträger wird durch das Kitapersonal defizitorientiert dargestellt. Das ist vom Kostenträger so vorgegeben, um eine Bewilligung für einen integrativen Platz zu erhalten oder zu verlängern. Hierbei liegt wiederum der Fokus auf der expliziten Darstellung von Benachteiligungen, um Unterstützungsleitungen zu beantragen. Dies spricht gegen jegliche Forderungen der Inklusion, daher kann die momentane Form des Eingliederungsprozesses von Kindern mit einem erhöhten Bedarf nicht für die Verwirklichung von Inklusion in einer Kita genutzt werden. In der Debatte zur Inklusion müssen die Eingruppierungen für den Unterstützungsbedarf neu diskutiert und passende Regelungen für den Inklusionsprozess erstellt werden.

An dieser Stelle wird deutlich, dass unterschiedliche Unterstützungsleistungen durch verschiedene Systeme erbracht werden, die ungleiche Herangehens- und Arbeitsweisen haben. Die Kostenträger in Person von SachbearbeiterInnen, die Fälle am Bürotisch bearbeiten, fordern eine defizitäre Darstellung eines Hilfebedarfs. Währenddessen die Personen, welche mit den Betroffenen eine ressourcenorientierte Unterstützung gestalten, die Schwächen der Betroffenen in den Fokus rücken müssen. Diese konträren Arbeitsweisen der beiden Systeme gilt es miteinander zu vereinbaren. Daher ist es notwendig, dass die beiden Systeme einen konstruktiven Austausch über deren Arbeitsgrundlage haben und die theoretischen und praktischen Arbeitsausgestaltungen gemeinsam abstimmen. Die verschiedenen Fachdisziplinen benötigen eine verständnisvolle Gesprächsatmosphäre, um so eine Kooperation zwischen beiden Seiten und die damit verbundenen unterschiedlichen Arbeitsformen zu ermöglichen.

2.3. Rechtliche Rahmungen

2.3.1. Rechtliche Grundlagen zur Inklusion

Im folgenden Abschnitt möchte ich die rechtlichen Regelungen aufzeigen, welche für die Integration und Inklusion tragend sind. Dabei werde ich mit der UN-Konvention der Rechte von Menschen mit Behinderung beginnen und die Regelungen der Sozialgesetzbücher im Weiteren darstellen. Ich beschränke mich dabei auf die spezifischen Regelungen für Kinder. Als grundlegendes Recht zur Inklusion gilt die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, die Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Diese trat 2009 in Deutschland in Kraft. Der Inhalt der Konvention stellt im Spezifischen das Menschenrecht für Personen mit Behinderung heraus und setzt sich mit der besonderen Lebenssituation auseinander. Mit deren Ratifizierung verpflichten sich die Staaten, den Anspruch auf Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und Teilhabe für die Menschen zu gewährleisten (vgl. Spörke 2011).

So wird es auch im Artikel 1 der Konvention beschrieben. Dabei wird allen Menschen unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen, die gesamtgesellschaftliche Teilhabe zugesichert. In der Definition von Menschen mit Behinderung werden explizit die Rechte an der gesellschaftlichen Partizipation definiert.

„Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.

Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können“ (Art. 1 UN-BRK).

Alle Formen der Diskriminierung sollen verhindert werden und Vorkehrungen getroffen werden, die sich an die Bedürfnisse in geeigneter Form ändern und anpassen, um gesellschaftlich Teil zu haben:

„[...] a) die Achtung der dem Menschen innewohnenden Würde, seiner individuellen Autonomie, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie seiner Unabhängigkeit; b) die Nichtdiskriminierung; c) die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft; d) die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit; e) die Chancengleichheit; f) die Zugänglichkeit; g) die Gleichberechtigung von Mann und Frau“ (Art.3 UN-BRK).

Im Artikel 7 werden die Staaten explizit aufgefordert, Kinder bei den Umsetzungen der Forderungen mit einzubeziehen.

„Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können“ (Art. 7 UN-BRK).

Durch den Artikel 19 soll allen Menschen zugesichert werden, dass Dienstleistungen und Einrichtungen zur Verfügung stehen, die eine unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft gewährleisten.

„Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens anerkennen das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, und treffen wirksame und geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen den vollen Genuss dieses Rechts und ihre volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern, indem sie unter anderem gewährleisten, dass[...] c) gemeindennahe Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Verfügung stehen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen“ (Art. 19 UN-BRK).

Im Artikel 24 wird das Bildungssystem im Besonderen herausgestellt und die Umsetzung zugesichert, dass alle Menschen mit eingeschlossen werden und ein gleichberechtigtes gemeinsames Lernen in allen Bildungseinrichtungen ermöglicht wird.

„Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen“ (Art. 24 UN-BRK).

Die Grundsätze der Inklusion sind somit auch rechtlich im Rahmen der UN-BRK festgeschrieben und verbindlich zugesichert und finden eine gleichwertige Anwendung im Kitabereich.

Die rechtlichen Umsetzungen des Inklusionsgedanken in Deutschland sind in den Sozialgesetzbüchern festgeschrieben. Im Sozialgesetzbuch IX wird der Behinderungsbegriff definiert und die damit verbundene beeinträchtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben benannt.

„Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist“ (§ 2 Abs. 1 SGB IX).

Im Weiteren werden für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben die Leistungen versichert und explizit betroffenen Kindern das Recht auf Teilhabe zugesichert.

„Die Leistungen zur Teilhabe umfassen die notwendigen Sozialleistungen, um unabhängig von der Ursache der Behinderung

1. die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern,

2. Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder eine Verschlimmerung zu verhüten sowie den vorzeitigen Bezug anderer Sozialleistungen zu vermeiden oder laufende Sozialleistungen zu mindern,

3. die Teilhabe am Arbeitsleben entsprechend den Neigungen und Fähigkeiten dauerhaft zu sichern oder

4. die persönliche Entwicklung ganzheitlich zu fördern und die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sowie eine möglichst selbständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen oder zu erleichtern“ (§ 4 Abs. 1 SGB IX).

„Leistungen für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder werden so geplant und gestaltet, dass nach Möglichkeit Kinder nicht von ihrem sozialen Umfeld getrennt und gemeinsam mit nicht behinderten Kindern betreut werden können. Dabei werden behinderte Kinder alters- und entwicklungsentsprechend an der Planung und Ausgestaltung der einzelnen Hilfen beteiligt und ihre Sorgeberechtigten intensiv in Planung und Gestaltung der Hilfen einbezogen“ (§ 4 Abs. 3 SGB IX).

Im Rahmen der Selbstbestimmung wird den Wünschen der Berechtigten in der Art der Leistung und in der Durchführung entsprochen. Es wird im Speziellen auf die Bedürfnisse von Kindern eingegangen, die Gestaltung der Unterstützung in eigener Verantwortung zu bestimmen.

„1. Bei der Entscheidung über die Leistungen und bei der Ausführung der Leistungen zur Teilhabe wird berechtigten Wünschen der Leistungsberechtigten entsprochen. Dabei wird auch auf die persönliche Lebenssituation, das Alter, das Geschlecht, die Familie sowie die religiösen und weltanschaulichen Bedürfnisse der Leistungsberechtigten Rücksicht genommen; im Übrigen gilt § 33 des Ersten Buches. Den besonderen Bedürfnissen behinderter Mütter und Väter bei der Erfüllung ihres Erziehungsauftrages sowie den besonderen Bedürfnissen behinderter Kinder wird Rechnung getragen.

2. Sachleistungen zur Teilhabe, die nicht in Rehabilitationseinrichtungen auszuführen sind, können auf Antrag der Leistungsberechtigten als Geldleistungen erbracht werden, wenn die Leistungen hierdurch voraussichtlich bei gleicher Wirksamkeit wirtschaftlich zumindest gleichwertig ausgeführt werden können. Für die Beurteilung der Wirksamkeit stellen die Leistungsberechtigten dem Rehabilitationsträger geeignete Unterlagen zur Verfügung. Der Rehabilitationsträger begründet durch Bescheid, wenn er den Wünschen des Leistungsberechtigten nach den Absätzen 1 und 2 nicht entspricht.

3. Leistungen, Dienste und Einrichtungen lassen den Leistungsberechtigten möglichst viel Raum zu eigenverantwortlicher Gestaltung ihrer Lebensumstände und fördern ihre Selbstbestimmung.

4. Die Leistungen zur Teilhabe bedürfen der Zustimmung der Leistungsberechtigten.“ (§ 9 SGB IX).

Der Paragraph 17 des SGB IX beschreibt die Möglichkeit zur eigenverantwortlichen und individuellen Wahlmöglichkeit zur Leistungserbringung im Rahmen des Persönlichen Budgets. Dadurch können Betroffene selbstbestimmt Unterstützungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen, die durch den Leistungsträger übernommen werden.

„Auf Antrag können Leistungen zur Teilhabe auch durch ein Persönliches Budget ausgeführt werden, um den Leistungsberechtigten in eigener Verantwortung ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen[... Das betrifft auch Leistungen,]die sich auf alltägliche und regelmäßig wiederkehrende Bedarfe beziehen und als Geldleistungen oder durch Gutscheine erbracht werden können“ (§ 17 SGB IX).

Im Sozialgesetzbuch XII, das die Vorschriften zur Sozialhilfe beinhaltet, beschreibt ein Kapitel die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. In § 53 wird das Recht festgeschrieben, das die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und die Folgen für die betroffenen Personen verbessern soll.

„Besondere Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört insbesondere, den behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihnen die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen oder sie so weit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen.“ (§ 53 Abs. 3 SGB XII).

Die rechtlichen Grundlagen für die Inklusion sind in den Sozialgesetzbüchern umfassend und eindeutig festgelegt. Es wird in den Gesetzestexten im Spezifischen auf Kinder eingegangen. Den Betroffenen wird durch das Recht die Unterstützung zur individuellen Verbesserung der Chancen zugesichert. Das Recht im Sozialgesetzbuch sichert nach dem individuellen Bedarf Sach- und Geldleistungen zu, die eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben ermöglichen.

An dieser Stelle ist jedoch noch einmal festzuhalten, dass durch den Gesetzgeber eine explizite Feststellung einer Behinderung Voraussetzung ist, um Leistungen zu beantragen. Dies stellt aus meiner Sicht eine Zugangsbarriere dar, die der Inklusion entgegensteht. Eine umfassende Alternative wäre, pauschal Leistungen zur Verfügung zu stellen, damit alle Menschen nach ihrem Bedarf diese nutzen können und somit Inklusion möglich wird. Die rechtlichen Regelungen bieten einen Rahmen, um den Inklusionsgedanken zu ermöglichen. Bei den gesellschaftlichen und behördlichen Bedingungen bedarf es eines Perspektivwechsels, um Inklusion im vollen Umfang zu ermöglichen.

2.3.2. Rechtlicher Rahmen für Kitas

Für Kitas gibt es gesonderte Gesetze und rechtliche Verordnungen sowie regionale Grundlagen. Als oberstes Gesetz gelten die Regelung für Kindertageseinrichtungen aus dem Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) und im weiteren die Regelungen des sächsischen Landesjugendhilfegesetzes (LJHG). Weitere regionale gesetzliche Grundlagen bilden das Sächsische Gesetz zur Förderung von Kindern in

Tageseinrichtungen (SächsKitaG) und die Sächsische Integrationsverordnung (SächsIntegrVO) sowie die Sächsische Qualifikations- und Fortbildungsverordnung pädagogischer Fachkräfte (SächsQualiVO). Für die Bildungsarbeit in sächsischen Kitas gilt der Sächsische Bildungsplan als Leitfaden für die Fachkräfte in den Einrichtungen. Für die gemeinsame Arbeit mit allen Kindern zusammen, möchte ich auf folgende rechtliche Regelungen verweisen, um die Grundlagen für die gemeinsame Teilhabe aufzuzeigen.

Für die Arbeit mit Kindern, die einen erhöhten Betreuungsbedarf haben, gilt der Paragraph 22a des SGB VIII, der die gemeinsame Förderung mit geeigneten Maßnahmen aller Kinder in einer Gruppe festgelegt.

„[...]Kinder mit und ohne Behinderung sollen, sofern der Hilfebedarf dies zulässt, in Gruppen gemeinsam gefördert werden.“ (§ 22a SGB VIII).

In der Sächsischen Integrationsverordnung wird die gemeinsame Arbeit mit allen Kindern zusammen in der Kindertageseinrichtung festgelegt. Sie ist am Bedarf der Kinder orientiert.

„Die Integration ist die Förderung, Bildung, Erziehung und Betreuung von behinderten Kindern gemeinsam mit nicht behinderten Kindern. Diese Hilfe soll sich über mehrere Stunden des Tages erstrecken und in regelmäßiger Folge gewährt werden“ (§ 1 Abs. 2 SächsIntegrVO).

Die rechtlichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene bewirken, dass in der Praxis Kinder mit besonderem Förderbedarf explizit herausgestellt werden, um zugangsberechtigt zu werden. Es bedarf eines gesetzlichen und normativen Transformationsprozesses, der auf eine diskriminierende und differenzierende Formulierung verzichtet.

Auf Grund des Alters der Gesetze sind diese mit den Anforderungen der Integration formuliert. Die Sächsische Integrationsverordnung stammt aus dem Jahr 2002 und wurde 2005 rechtsbereinigt. Die UN-Konvention mit der Forderung zur Inklusion, wurde jedoch erst 2009 durch Deutschland ratifiziert. Es bedarf daher einer

Novellierung der Gesetze unter Einbeziehung des Begriffes der Inklusion. Die rechtlichen Grundlagen sind von mir im Rahmen der Inklusion interpretiert. Die Integration bildet die Vorstufe zur Inklusion und trägt somit auch die Grundgedanken der Inklusion in sich. Das Moment des gemeinsamen Partizipierens und der bedarfsgerechten Arbeit mit allen Kindern zusammen wird in den Gesetzen auch so formuliert. Damit tragen sie den Inklusionsgedanken in sich und bilden die Grundlage für die zukünftige Inklusion. Die Gesetze bieten eine sachdienliche Grundlage, um die nächste Stufe zur Inklusion zu erreichen.

2.4. Inklusion und Kita

Die gesamte Gesellschaft befindet sich im Reformprozess, um Inklusion in allen Bereichen zu ermöglichen. Die Arbeit in einer Kindertageseinrichtung ist von den Grundsätzen her inklusiv. Es steht jedem Kind der Zugang zu einer Kita zur Verfügung, nicht zuletzt mit der Einführung des Rechtsanspruches auf einen Kinderbetreuungsplatz, der 2013 im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes eingeführt wurde. Die pädagogische Grundhaltung des Kitapersonals ist so, dass jedes Kind in seiner Individualität wahrgenommen und akzeptiert wird. Jedes Kind bekommt die Unterstützungsleistung, die es gerade einfordert und benötigt. Jedes Kind ist mit seiner Einzigartigkeit ein Teil in der Gesamtheit der Kita. Die Arbeit der Pädagogen findet am Bedarf der Kinder statt, es herrscht eine Kultur des gemeinsamen Spielens und Lernens. Das gesamte Umfeld ist auf ein gemeinsames Bilden und Erziehen ausgerichtet, an individuellen Möglichkeiten orientiert und setzt nicht auf eine Aussonderungspädagogik. Diese Punkte sind Begrifflichkeiten, die auch in der Definition von Inklusion beschrieben werden. Der Anspruch, dass alle Kinder Zugang zu allen Angeboten erhalten und dadurch die Förderung der individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten erfahren, sind für die Arbeit in einer Kita selbstverständlich. In vielen Kitas ist durch dieses Selbstverständnis in der pädagogischen Arbeit die theoretische Grundlage für Inklusion geschaffen.

Jedoch muss ich im Rahmen meiner Tätigkeit in einer Kita immer wieder Barrieren bei der praktischen Umsetzung von Inklusion feststellen. Es liegen sehr enge Rahmenbedingungen vor und es fehlen Voraussetzungen, die eine Arbeit mit erhöhtem Bedarf in der oben beschriebenen Form nur schwer möglich machen. Eine wichtige

Voraussetzung ist das Vorhandensein von genügend geeignetem Personal, aber auch das Verständnis in der Elternschaft, dass Inklusion bestimmte Herausforderungen mit sich bringt und Zeit benötigt, um gemeinsam und gleich miteinander Spielen und Lernen zu können. Um mehr Personal für die Arbeit in einer Kita zu erhalten, muss ein Antrag auf Eingliederungshilfe beim Kostenträger gestellt werden.

An dieser Stelle sehe ich es als notwendig an, dass in der politischen Debatte intensiver auf die Begrifflichkeiten, die im Zusammenhang mit Inklusion stehen, eingegangen wird. Um jeden mit einzubeziehen soll öffentlich gezeigt werden, wie der Stand der Umsetzung von Inklusion ist. Um Inklusion zu ermöglichen müssen bundesweit einheitliche Regelungen für die Ausgestaltung getroffen werden. Das oberste Ziel der Gesellschaft ist es, in allen Bereichen inklusiv zu sein und alle Menschen gleichwertig und gemeinsam am gesellschaftlichen Leben partizipieren zu lassen. Dabei soll keine Marginalisierung oder Stigmatisierung stattfinden. Unter den aktuellen Voraussetzungen ist dies jedoch in einer Kita, die mit Kindern arbeitet, die einen spezifischen Bedarf haben, nicht umsetzbar. Die fehlenden strukturellen Begebenheiten wirken sich im Konkreten auf die praktische Arbeit in den Kitas aus. Diese verhindern zusätzlich die Umsetzung der Inklusion. Es fehlen Informationen über das Unterstützungssystem und damit für vorhandene Leistungen, die in Anspruch genommen werden können. Es gibt nur vereinzelt gesondert geschultes Personal mit zusätzlichen Qualifikationen. Es werden nicht alle Mitarbeitenden in der Kita zu den Besonderheiten von Kindern mit erhöhtem Bedarf weitergebildet und es fehlt somit an vielen Stellen das Wissen über eine passende Unterstützung und das allgemeine Verständnis. Es gibt kein Netzwerk, auf das zurückgegriffen werden kann, um Informationen zu erhalten oder das Wissen von anderen Personen nutzen zu können. Dies verdeutlicht noch einmal, dass zusätzliche Anstrengungen notwendig sind, um auch im direkten Wirkungsbereich einer Kita die Voraussetzungen zur Inklusion zu ermöglichen. Die gesetzlichen Vorgaben können zum jetzigen Zeitpunkt keinen zufrieden stellenden Rahmen zur Inklusion für alle Personen bieten. Daher kann die Arbeit in Kindertageseinrichtungen unter den momentanen Voraussetzungen nicht als Inklusion bezeichnet werden.

2.5. Von der integrativen zur inklusiven Kita

Eine Vielzahl von Kindertageseinrichtungen sind integrative Einrichtungen. Diese haben eine spezielle Betriebserlaubnis und bedürfen der Genehmigung durch das Landesjugendamt Sachsen. Um die Voraussetzungen einer integrativen Kita zu gewähren, gibt es Mindeststandards, die im Sächsischen Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (SächsKitaG) und der Sächsischen Integrationsverordnung (SächsIntegrVO) festgelegt sind. In diesem Zusammenhang wird auch die Anzahl der integrativen Plätze für die Kindertageseinrichtung festgelegt. Des Weiteren bedarf es bestimmter baulicher Voraussetzungen, wie etwa einer Rampe und eines spezifischen Raumkonzeptes. In der Kita muss zusätzlich geschultes Personal angestellt sein, wie zum Beispiel HeilpädagogInnen. In einigen Fällen gibt es gesondertes Personal, welches für die Einzelfallbetreuung beauftragt wird. Ein weiteres Kriterium ist die Gruppengröße, welche in Sachsen für eine integrative Gruppe auf 16 Kinder beschränkt ist. Dies sind Voraussetzungen, die durch den Gesetzgeber getroffen wurden, um auf den individuellen Bedarf aller Kinder eingehen zu können. Der Sächsische Bildungsplan schafft die Grundlagen für die einzelnen Kitas, um die pädagogische Bildungsarbeit für alle Kinder individuell nach deren Bedarf zu gestalten.

Die Bedingungen und Voraussetzungen zur Inklusion sind im elementarpädagogischen Bereich vielseitig vorhanden. Die oben beschriebenen gesetzlichen Voraussetzungen für Integrative Kindertageseinrichtungen können auch auf inklusive Betreuungen angewendet werden. Dadurch können auch schon heute Kitas nach den Anforderungen der Inklusion arbeiten, jedoch mit fehlenden strukturellen und gesetzlichen Bestimmungen, um sich darauf zu berufen. Es müssen verbindliche Regelungen geschaffen werden, die es allen Kitas ermöglicht eine inklusive Bildung, Erziehung und Betreuung zu organisieren. Durch die Regelungen im Sozialgesetzbuch wird bei Bedarf das individuelle Recht auf Unterstützung zugesichert. Die Leistungen müssen zukünftig jedoch pauschal für Kitas gewährt werden und dürfen nicht explizit beantragt werden müssen. Somit kann festgehalten werden, dass es eine schrittweise Entwicklung dahingehend gibt, die Inklusion in Kitas ermöglicht. Die Inklusion wird dabei durch die pädagogischen Grundauffassungen der Mitarbeitenden getragen und auch schon unter

den geltenden rechtlichen Bedingungen in Kitas durchgesetzt. Um jedoch eine vollständige Inklusion in den Kitas umsetzen zu können, müssen Inklusionsbarrieren in Form von Marginalisierung und Stigmatisierung beseitigt werden, um so Unterstützung für alle Kinder gleichsam anbieten zu können. Somit besteht zum jetzigen Zeitpunkt nur die Disparität zwischen Integration und Inklusion in der Kita, dass die Unterstützungsleistungen gesondert beantragt werden und zusätzliches Personal an Bedingungen zur Unterstützung von Einzelfällen gebunden ist. Damit Inklusion in einer Kita umgesetzt werden kann, müssen im Rahmen von politischen und rechtlichen Transformationsprozessen die Regelungen der Integration auf die Inklusion angepasst werden.

Momentan ist es noch nicht möglich über die Umsetzung der Inklusion in Kitas zu schreiben. Dies hat einerseits die Ursache darin, dass vor allem rechtliche Vorgaben auf Grundlage der Integration geschaffen wurden und bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen, die im Rahmen einer Kita stattfinden, als Integration bezeichnet werden. Andererseits ist die Umsetzung der Inklusion „Ländersache“ und wird in jedem Bundesland unterschiedlich umgesetzt. Die Hauptbemühungen zur Inklusion konzentrieren sich auf der Ebene der Schulbildung und nicht im elementarpädagogischen Bereich. Mein Ziel ist es jedoch die geforderte Umsetzung der Inklusion in den Fokus zu rücken und auf deren Basis bedarfsgerechtes Arbeiten für alle Kinder in einer Kita umsetzen zu können. Für die aktuell vorherrschenden Arbeitsformen habe ich den Begriff der Integration benutzt. Für die zukünftigen gewollten Handlungsweisen und auch schon heute gegebenen Voraussetzungen den Begriff der Inklusion.

Ich denke, dass für den Kitabereich die Voraussetzungen zu Inklusion vielseitig vorhanden sind. Es wird nur noch ein zeitlicher Aspekt sein, bis politische AkteurInnen den Umsetzungsprozess auch in der Öffentlichkeit vorantreiben werden und deutschlandweit gleiche Regelungen getroffen werden.

3. Abstimmungsprozesse und Zusammenwirkung

In der Arbeit mit Kindern in einer Kita wirken verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Berufen. In der Betreuung der Gruppen gibt es beispielsweise ErzieherInnen, HeilpädagogInnen, HeilerziehungspflegerInnen, PädagogenInnen, SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen, aber auch HaustechnikerInnen, Verwaltungsangestellte und SacharbeiterInnen sind für die Gesamtfunktion einer Kita zuständig. Sie alle arbeiten an dem gemeinsamen Ziel: die Betreuung und Bildung von Kindern zu ermöglichen. Trotz, beziehungsweise durch deren unterschiedliche Professionen und Aufgaben schaffen sie damit einen ganzheitlich wirksamen Betrieb einer Kita.

Doch schon in diesem kleinen sozialen Gebilde wie einer Kindertageseinrichtung gibt es AkteurInnen mit unterschiedlichen Qualifikationen, die sich den alltäglichen Herausforderungen in einer Kita stellen. Dabei haben alle Personen unterschiedliche pädagogische Auffassungen, die für die gemeinsame Arbeit miteinander abgestimmt werden müssen. Diese unterliegen einer eigenen Dynamik und sollten professionell begleitet werden. In der Arbeit der AkteurInnen finden wichtige Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse statt, um gemeinsame Bildungsangebote für Kinder zu erstellen. Hierbei werden auch die Ressourcen und Kompetenzen jedes einzelnen mit eingebracht. Die Angebote werden dann am individuellen Bedarf und Interesse der Kinder durchgeführt. Diese Angebote haben vielseitige Potenziale und schaffen Bildungs-, Erziehungs- und Erfahrungsmomente bei den Kindern. In einem gut abgestimmten Team von Kita-PädagogInnen werden somit optimale Lernvoraussetzungen für die Kinder ermöglicht. Einen solchen Prozess möchte ich gern an einer kleinen Geschichte aus dem Kitaalltag verdeutlichen.

Ein Kind berichtet davon, dass es jetzt zu Hause ein Aquarium hat, in dem seit neuestem ein kleiner Krebs wohnt. Dieser Krebs heißt Brunhilde und sei ein besonderer Krebs. Brunhilde kann Eierlegen und Kinder bekommen, ohne dass dazu ein zweiter Krebs benötigt wird. Der Krebs habe auch schon wieder Eier gelegt und erwarte in naher Zukunft Nachwuchs. Diese Tatsache nehmen die ErzieherInnen der Gruppe auf und kommen mit der Mutter des Kindes ins Gespräch. Diese meint, dass sie den Krebs

von einer Freundin aus einer anderen Kita erhalten habe. Daraufhin sind sich die beiden GruppenerzieherInnen einig, auch ein Aquariumsprojekt in ihrer Gruppe zu starten. Sie fragen die Mutter, ob sie vom nächsten Nachwuchs einen Krebs für ein Aquarium in der Kita bekommen können. Die Mutter findet die Idee gut und kauft auch gleich noch ein Kokosnusshaus und Futter für den Krebs. Die Idee wird durch die ErzieherInnen bei der nächsten Beratung mit ins Team getragen. Ein Erzieher bietet sich an, ein Aquarium zu Verfügung zu stellen, das er noch zu Hause hat. Eine weitere Kollegin meint, sie habe einen Bekannten, der gerade das Hobby mit dem Aquarium aufgegeben hätte und sicher noch Zubehör übrig hat. Sie werde sich diesbezüglich gern informieren. In dem Moment schließt sich die Kitaleiterin dem Gespräch an und gibt verschiedene Sachverhalte zu bedenken. Sie selber hatte auch ein Aquarium in ihrer Gruppe und nach den Sommerferien waren die Fische alle gestorben. Außerdem muss sie sich erst beim Träger über den Versicherungsschutz informieren. Eine weitere Teamkollegin gibt zu bedenken, wer das Aquarium sauber hält und dass sie sich nicht für das Aquarium zuständig fühle. Diese Bedenken über die Zuständigkeit können durch die Gruppenerzieherinnen aber schnell geklärt werden. In den folgenden Wochen werden die einzelnen Materialien zusammengetragen. Nach circa einen Monat meldet der Träger zurück, dass ein Versicherungsschutz für das Aquarium bestehe, aber nur wenn ein geeigneter Unterbau, der die Gesamtlast trägt, vorhanden sei. Die Mutter berichtet in der Zeit, dass die Krebse jetzt aus ihren Eiern geschlüpft seien und die Kita einen haben kann. Leider muss dies erst einmal verschoben werden, da noch nicht alle Notwendigkeiten geklärt sind. Die Kitaleitung gibt den GruppenerzieherInnen den Auftrag sich zu überlegen, an welcher Stelle das Aquarium im Raum am besten platziert werden kann. Ein sicherer Platz an einer Wand würde dem Aquarium Schutz bieten, dafür aber nur eine beschränkte Sicht für die Kinder bieten. Des Weiteren soll das Aquarium einen Platz im Raum bekommen, der den Kindern Ruhe und Entspannung suggeriert und nicht in einer aktiven Spielecke aufgebaut werden. Diese Vorgabe und einen geeigneten Unterschrank zu finden, der möglichst auf Kinderhöhe ist, hat zur Folge, dass der Raum umgestellt werden muss. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass das Gesamtkonzept des Raumes nicht verloren geht und die Kinder und ErzieherInnen sich weiterhin wohl in der Umgebung fühlen. Der Raum wird mehrmals umgestellt, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Nachdem dies alles umgesetzt werden konnte, werden die Haustechniker damit beauftragt, eine aquariumsggeeignete Steckdose mit Kindersicherung zu besorgen. Im Weiteren sollen alle Kabel gemäß den

Sicherheitsanforderungen verbaut werden. Nachdem dies erledigt ist, kann der Krebs in die Kita einziehen. Die Kinder sind sehr begeistert und konnten vom Aufbau bis zum Einzug mit eingebunden werden. Das ganze Projekt von der Idee bis zur gesamten Umsetzung hat vier Monate gedauert. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie vielschichtig die Herausforderungen bei einer Projektgestaltung sind und welche Interessenslagen und Vorgaben zu beachten sind. Jede Profession gibt dabei seine Erfahrungen und Bedenken mit, die koordiniert werden müssen. Die gemeinsame Abstimmung und Organisation wird in diesem Fall durch einen Erzieher aus der Gruppe gesteuert.

Diese Darstellung verdeutlicht, dass mit einer gemeinsamen Abstimmung und Planung optimale Ziele für alle Interessensgruppen erreicht werden können. Im Weiteren zeigt es auf, wie komplex scheinbar kleine Projekte sein können, und dass viele Personen am Gelingen dieser beteiligt sind. Es gab ein bestehendes Netzwerk, in das verschiedene AkteurInnen eingebunden waren und miteinander kooperierten. Die Personen haben ihre Interessenslagen miteinander abgestimmt und können unter Einsatz ihrer individuellen Ressourcen umfassende Bildungsangebote ermöglichen. Im Rahmen der Arbeit kommt es somit auch zwangsläufig zu besonderen Herausforderungen, die durch eine gezielte Organisation und Steuerung bewältigt werden können. In dem scheinbar kleinen sozialen Gebilde wie in einer Kita finden komplexe soziale Prozesse statt. Jeder trägt eine prozessbezogene Rolle und ist dafür zuständig, diese erwartungsgemäß zu erfüllen. Durch die Kooperationen im Netzwerk haben die verschiedenen AkteurInnen zusammengearbeitet und sich abgestimmt und so konnte das kleine Ziel, ein Aquarium in einer Kitagruppe aufzubauen, erreicht werden. Das zeigt, dass für das Gelingen eines Projektes ein Netzwerk und die Kooperationen in diesem zwingend notwendig sind.

3.1. Vernetzung

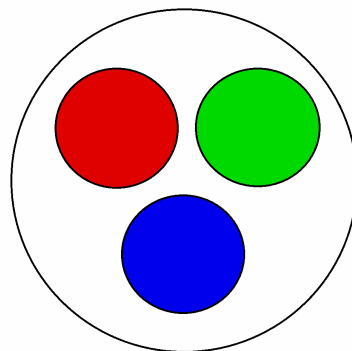
Die Inklusion von allen Menschen in bestehende Strukturen wird, wie weiter oben erörtert, möglich werden. Dazu bedarf es jedoch der Zusammenarbeit und des Austausches der beteiligten Personen. Es müssen gemeinsame Strukturen zur Vernetzung aufgebaut werden. Soziale Netzwerke sind komplexe Konstrukte, die für eine dauerhafte Zusammenarbeit angelegt sind und aus AkteurInnen mit verschiedenen Professionen bestehen (Bertelsmann Stiftung, 2008: S. 22). Es beschreibt die Beziehungen von AkteurInnen untereinander und deren Handlungszusammenhänge. Die sozialen Netzwerke bilden Unterstützungspotenziale für Individuen oder auch Gruppen des Gemeinwesens und zeichnen sich durch direkte Verbindungen unter den AkteurInnen aus, die in gemeinsamer wechselseitiger Interaktion zueinander stehen (Hillmann 2007: S. 605). In beruflich organisierten sozialen Netzwerken werden Unterstützungsleistungen geschaffen, um die Bedürfnisse und Herausforderungen von Betroffenen zu bewältigen. Dabei werden durch das Netzwerk im Kontext verfügbare Unterstützungspotenziale geprüft und angemessene Leistungen erbracht (Otto, Thiersch 2011: S. 1387 ff.). Soziale Netzwerke verbinden somit deren PartnerInnen untereinander, um ihre Kompetenzen und Ressourcen besser zu nutzen. Die Vernetzung schafft Verbindlichkeiten, die den beteiligten Personen effizientere Handlungsmöglichkeiten und optimierte Abläufe für die gemeinsame Zusammenarbeit ermöglichen. Die Personen stammen aus interdisziplinären Arbeitszusammenhängen mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen und Arbeitsweisen. Durch die gemeinsame Vernetzung der AkteurInnen werden diese zusammengeführt und können ihr Handeln abstimmen, um so gemeinsame Ziele zu erreichen. Durch den Aufbau einer stabilen Vernetzung werden langfristige und stabile Verbindungen unter den Personen geschaffen, die ein nachhaltiges Zusammenarbeiten ermöglichen.

3.2. Kooperation

Der Begriff Kooperation stammt aus dem lateinischen und bedeutet Zusammenwirkung. Kooperationen bedingen leistungsfähige und stabile Netzwerke. Durch Kooperationen wirken Individuen zusammen, um in ihrem Handeln gemeinsame Ziele verwirklichen zu können. Diese basieren auf dem sozialen Austausch der AkteurInnen untereinander und zeichnen sich durch die Aufgabenteilung aus. Um produktiv und erfolgreich Bewältigungszusammenhänge zu überstehen, ist es notwendig Kooperationen zwischen AkteurInnen zu schließen (Hillmann 2007: S. 447). Durch Kooperation werden Handlungsabläufe effizienter gestaltbar. Die AkteurInnen stimmen sich untereinander ab, um so wirkungsvollere Ergebnisse zu erzielen. Durch Kooperationen wirken Personen mit unterschiedlichen Professionen zusammen, um mit ihren gemeinsamen Möglichkeiten optimale Lösungen zu schaffen (van Santen, Seckinger 2003: S. 29). Kooperation kann nach ihrer Wirkungsstärke in drei verschiedene Stufen eingeteilt werden: Koexistenz, Koordination und Koalition. Im Folgenden werde ich die Charakteristika der einzelnen Stufen darstellen.

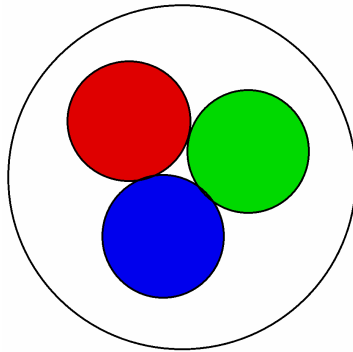
Stufe 1: Bei der Koexistenz werden Angebote von AkteurInnen vorgehalten. Diese beziehen sich jedoch nicht aufeinander. Die Personen befinden sich zwar im gleichen sozialen Raum, haben jedoch keine Verbindung zueinander (Bertelsmann Stiftung, 2008: S. 26).

Abbildung 2: Koexistenz



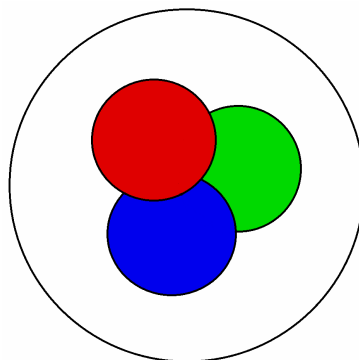
Stufe 2: Bei der Koordination findet ein Zusammenwirken statt, dieses beschränkt sich jedoch auf einzelne AkteurInnen und einzelne Handlungen, die zeitlich begrenzt sind. Es findet keine gezielte Steuerung zum Austausch von Informationen statt (Bertelsmann Stiftung, 2008: S. 27).

Abbildung 3: Koordination



Stufe 3: Bei der Koalition arbeiten alle AkteurInnen in einem Team mit verschiedenen Professionen in einem gemeinsamen Handlungsfeld zusammen. Die Ziele werden aufeinander bezogen zusammen erarbeitet. Die Mitglieder stimmen sich gemeinsam ab und orientieren sich dabei am Bedarf der Angebote. Im Rahmen der gemeinsamen Aushandlungsprozesse werden neue Konzepte und Strukturen für das Zusammenwirken entwickelt. Die Zusammenarbeit ist langfristig und projektübergreifend ausgelegt (Bertelsmann Stiftung, 2008: S. 28).

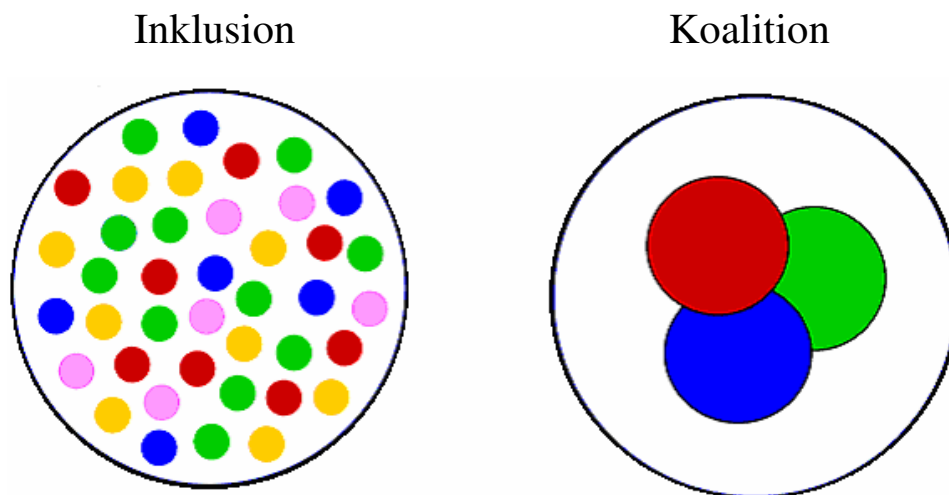
Abbildung 4: Koalition



Die beiden ersten Stufen beschreiben die Koordinationsformen, die momentan bei der Integration von Kindern in Kindertageseinrichtungen vorherrschen. Um den Anspruch der Inklusion gerecht zu werden bedarf es jedoch der Koalition der PartnerInnen. Dabei werden gemeinsame Haltungen abgestimmt und in einer Verantwortungsgemeinschaft zusammen geführt (Bertelsmann Stiftung, 2008: S. 27).

Interessanterweise finden sich auch Ähnlichkeiten bei der Abbildung zu den Schritten zur Inklusion und bei den Stufen der Kooperation. Erst in den beiden höchsten Formen der Koalition und der Inklusion finden gemeinsame Handlungen und Strukturen, die sich den Bedürfnissen anpassen, statt. Dies verdeutlicht noch einmal, wie wichtig ein gemeinsam koordiniertes Handeln aller AkteurInnen für die Inklusion ist.

Abbildung 5: Inklusion und Koalition



3.3. Vernetzung und Kooperationen

Bei der Vernetzung schließen sich Personen aus verschiedenen Disziplinen zusammen und können so ihre Ressourcen und Kompetenzen effektiver nutzen. Dabei konzentrieren sich die Zusammenwirkenden auf ihre speziellen Stärken und Ressourcen, um diese im Netzwerk effektiv für Unterstützungsangebote einsetzen zu können. Die Netzwerke schaffen Vertrauen zwischen den agierenden AkteurInnen, um so eine abgestimmte Entwicklungs- und Bildungsarbeit der Kinder zu realisieren (Otto, Thiersch 2011: S. 745).

Die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und die Anforderungen an die Menschen in der Gesellschaft werden immer expliziter und komplexer und können nicht mehr alleine durch die Mitarbeitenden in den Einrichtungen kompensiert werden. Dies benötigt ein flexibles und beständiges Netzwerk, welches sich am Bedarf der UnterstützungsempfängerInnen orientiert. Durch das Zusammenwirken der sozialen Dienstleitungen und den handelnden Personen werden allumfassende Angebote entwickelt. Diese orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen und werden so planvoll und zielgerichtet umgesetzt. Durch die Vernetzung und Kooperation werden die Handlungsprozesse der AkteurInnen zielgerichtet koordiniert und gesteuert und setzen dadurch neue Synergieeffekte frei (van Santen, Seckinger 2003: S. 15 ff.) (Otto, Thiersch 2011: S. 745).

3.3.1. Rechtliche Grundlagen zur Vernetzung und Kooperation

Es gibt jedoch auch gesetzliche Regelungen, die das Zusammenwirken der AkteurInnen vorgeben und somit den Aufbau einer Kooperationsbeziehung stützen. Die Regelungen sind in deren Anwendungsbereich auf Kindertageseinrichtungen bezogen.

[...] „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen sicherstellen, dass die Fachkräfte in ihren Einrichtungen zusammenarbeiten [...] mit anderen kinder- und familienbezogenen Institutionen und Initiativen im Gemeinwesen, insbesondere solchen der Familienbildung und –beratung“ [...] (§ 22a Abs. 2.2 SGB VIII).

„Die öffentliche Jugendhilfe soll mit der freien Jugendhilfe zum Wohl junger Menschen und ihrer Familien partnerschaftlich zusammenarbeiten.“ (§ 4 Abs. 1 SGB VIII).

„Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden.“ (§36 Abs. 2 SGB VIII).

„Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen“ (§ 78 SGB VIII).

„Die Rehabilitationsträger und ihre Verbände sollen zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben zur Teilhabe...regionale Arbeitsgemeinschaften bilden“ (§ 12 Abs. 2 SGB IX).

„Die Träger der Sozialhilfe arbeiten mit anderen Stellen, deren gesetzliche Aufgaben dem gleichen Ziel dienen oder die an Leistungen beteiligt sind oder beteiligt werden sollen, zusammen, insbesondere mit den Trägern von Leistungen nach dem Zweiten, dem Achten, dem Neunten und dem Elften Buch, sowie mit anderen Trägern von Sozialleistungen, mit den gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger und mit Verbänden. Darüber hinaus sollen die Träger der Sozialhilfe gemeinsam mit den Beteiligten der Pflegestützpunkte nach § 92c des Elften Buches alle für die wohnortnahe Versorgung und Betreuung in Betracht kommenden Hilfe- und Unterstützungsangebote koordinieren.“ (§ 4 Abs. 1 SGB XII).

Die rechtlichen Regelungen können einerseits als Zwangskontexte zum Kooperieren gesehen werden, da diese keine freiwillige Zusammenarbeit der Personen darstellt. Andererseits ist dadurch der Aufbau eines gemeinsamen Kooperationsnetzwerks für alle AkteurInnen begründbar. Die Regelungen bieten Grundlagen, um den InteraktionspartnerInnen eine normative Legitimation für die gemeinsame Erarbeitung von Handlungszusammenhängen zu ermöglichen. Daher soll auch der Fokus auf den

positiven Aspekt der gesetzlichen Grundlagen gelegt werden. Sie bilden die Rahmenbedingungen und dienen zur Unterstützung und Befähigung der Bildung von sozialen Netzwerken. Es gibt daher verschiedene Gründe Kooperationen und Vernetzungen aufzubauen. Zusammenfassend sind dies:

- gesetzlich normative Vorgaben,
- effizienter und somit ökonomischer zu arbeiten und
- fachliche und inhaltlich gemeinsame Aufgaben zu erfüllen

Die größte Herausforderung bei der Vernetzung der KooperationspartnerInnen ist die interdisziplinäre Zusammensetzung. Dies schafft eine besondere Situation, in der unterschiedliche Organisationssysteme mit spezifischen Fachlogiken und verschiedenen inhaltlichen Arbeitseinstellungen aufeinander treffen. Durch die Vernetzung und Kooperation werden somit unterschiedliche Arbeitsformen zu einem gemeinsamen Zusammenwirken vereint. Um eine positive Kooperation zu schaffen, bedarf es einer gemeinsamen Verständigung über Standards, wie etwa der gesetzlichen Grundlagen und individuellen Einstellungen. Ein großes Potenzial bieten die unterschiedlichen Professionen, um miteinander zielgerichtet zusammen zu arbeiten. Dazu dienen die Mittel und Maßnahmen der AkteurInnen aus den jeweiligen Unterstützungssystemen.

Für die Arbeit mit Kindern, die einen besonderen Bedarf in einer Kita haben, gilt es somit die unterschiedlichen Arbeitslogiken in abgestimmter Form miteinander zusammen zu wirken. Die Fachkräfte der Kostenträger, deren Sichtweisen durch defizitäre Darstellungen geprägt sind, müssen mit den ressourcenorientierten Arbeitsweisen der Mitarbeitenden des Unterstützungssystems in Austausch gebracht werden.

3.3.2. Faktoren für eine kooperative Vernetzung

Für das Gelingen der Zusammenarbeit von verschiedenen Fachdisziplinen gibt es unzählige Veröffentlichungen. Diese beschreiben jedoch immer wieder gleiche Faktoren, die für das Zustandekommen zu einem stabilen gemeinsamen Kooperationsnetzwerk zwingend notwendig sind. In der Folgenden Beschreibung habe ich diese von verschiedenen Autoren zusammengefasst (vgl. van Santen, Seckinger 2003: S. 320 ff.) (vgl. Otto, Thiersch 2011: S. 744 ff.) (vgl. Bertelsmann Stiftung, 2008: S. 85 ff.).

- Gerade am Anfang ist der Kooperationsprozess sehr zeitaufwendig und es ist schwer, den zusätzlichen Aufwand in Relation zum späteren Nutzen zu erkennen. Alle AkteurInnen, die an der Kooperation beteiligt sind, klären daher gemeinsam ihr Verständnis über die Kooperation. Dies schafft eine gemeinsame Akzeptanz für die Notwendigkeit zum Zusammenwirken. Durch das Einbringen der individuellen Arbeitsbedürfnisse für das Kooperationsverständnis wird eine Identifikation mit dem Kooperationszusammenhang geschaffen. Somit werden Gemeinsamkeiten gesammelt und Anknüpfungspunkte hergestellt.
- Im Weiteren werden die Vorteile der Kooperation aufgezeigt. An dieser Stelle werden die unterschiedlichen Arbeitsweisen der beiden Disziplinen dargestellt und es kommt zum konstruktiven Austausch über Arbeitsgrundlagen und Hintergründe. Somit können auch persönliche Vorurteile abgebaut werden und ein persönlicher Arbeitsbezug hergestellt werden. Es werden individuelle Arbeitsvoraussetzungen dargestellt, die in der momentanen Situation keine Beachtung finden und daher für den Gesamtprozess keine Relevanz erhalten. Die AkteurInnen entwickeln über den gemeinsamen Austausch Kommunikationsstrukturen, die eine vertrauensvolle Verbindung ermöglichen. Dies ist die Grundlage für eine abgestimmte Zusammenarbeit mit zielführendem gemeinsamem Handeln.
- Nach dem ein gemeinsamer Austausch über die Arbeitsgrundlagen stattgefunden hat, kommt es zur Ermittlung der Hauptpunkte für die Kooperation. Dabei

werden die Motive für die Kooperation dargestellt. Die gegenseitigen Erwartungen werden für alle AkteurInnen transparent aufgezeigt. Es werden im Kooperationsnetzwerk Ziele formuliert, die durch die gemeinsam erarbeiteten Inhalte und Methoden umgesetzt werden. Dabei stehen immer die Bedürfnisse der Betroffenen im Vordergrund. Durch präzise formulierte Ziele wird im Netzwerk Klarheit über das Zusammenwirken erreicht. Des Weiteren stützen diese die Kooperation, da die arbeitsbezogenen Interessen beachtet werden.

- Im Weiteren werden die AkteurInnen festgelegt, welche die Aufgaben erarbeiten, die sich aus den Zielen ergeben. Die Aufteilung erfolgt nach der Profession und Zuständigkeit der jeweiligen AkteurInnen.
- Für die Kooperation bedarf es keiner festen Moderation im Netzwerk, diese kann immer wieder neu verteilt werden. Wichtig ist, dass jemand die Kooperation aufrechterhält. Der Moderator oder die Moderatorin kann dazu bestimmt werden, die Organisation der Kooperation zu übernehmen, und kann in Eigenregie eine Methode wählen, um dies umzusetzen.
- Ein großer Punkt im Kooperationsverhältnis ist der Austausch von Informationen. Inhalt der Informationen sind Ressourcen und Wissen der Kooperierenden. Es muss ein reziproker Austausch zwischen allen AkteurInnen stattfinden. Dadurch können alle Beteiligten einen Nutzen aus der Kooperation erhalten, den sie für den eigenen Arbeitszusammenhang verwenden. Es werden Informationen über die jeweiligen Institutionen, in denen die AkteurInnen arbeiten, und deren Arbeitsweisen weitergegeben. Dies wiederum schafft Verständnis für die einzelnen Arbeitsweisen und stärkt den persönlichen Bezug zum Kooperationsnetzwerk und zum gemeinsamen Zusammenwirken. Durch den Austausch von Informationen können die Standpunkte der KooperationspartnerInnen verdeutlicht werden und der Fokus auf die Ziele wird noch einmal intensiviert. Durch das Zusammenwirken wird neues Wissen geschaffen und die Fachlichkeit der Kooperierenden wird weiter entwickelt. Hierzu gehört auch der Ausbau von individuellen, kommunikativen und sozialen Fähigkeiten. Der Nutzen aus der Kooperation und die Stärkung des Netzwerks

schaffen bei den Beteiligten ein Gruppen- und Gemeinschaftsgefühl, welches auch zukünftig informelle Arbeitsstrukturen ermöglicht.

- Der wichtigste Punkt für das Zusammenwirken ist die Freiwilligkeit zur Teilnahme aller AkteurInnen am Kooperationsnetzwerk. Dies bewirkt ein positives gemeinsames Arbeitsklima, das auch bei herausfordernden Themen zu kompromissfähigen Ergebnissen führt. Dabei stehen die Bedürfnisse der Betroffenen im Mittelpunkt, für die es gilt, adäquate Lösungen zu finden.
- Zum Schluss ist fest zu halten, dass das Kooperationsnetzwerk kein starres Gebilde ist. Es ist offen für alle, die in diesem Mitwirken wollen. Es wird sich immer wieder an die Begebenheiten und Herausforderungen anpassen und ist damit frei, um Veränderungen zuzulassen. Es ist ein dynamisches Netzwerk, welches an die vorherrschenden Strukturen und Handlungen der AkteurInnen angepasst wird und somit auch nicht tragbar durch einzelne Mitarbeitende ist (van Santen, Seckinger 2003: S. 320 ff.) (Otto, Thiersch 2011: S. 744 ff.) (Bertelsmann Stiftung, 2008: S. 85 ff.).

Kooperationsnetzwerke verbessern die Situation von Personen, die einen Unterstützungsbedarf haben. Die gesellschaftlichen Herausforderungen für Menschen, die einen zusätzlichen Bedarf haben, werden immer verschiedener und die Unterstützungssysteme immer komplexer. Gerade in einer Kindertageseinrichtung sind die Lern- und Bildungsaufträge für ein Kind mit besonderen Bedürfnissen nicht mehr allein durch das Kitapersonal zu realisieren. Die Initiierung eines Netzwerkes für Kitas ermöglicht die Lösung von speziellen Aufgaben und schafft zusätzliche Unterstützung für alle Kinder. Die oben beschriebenen Faktoren ermöglichen den NetzwerkakteurInnen einen Austausch über grundlegende Arbeitsweisen und sie erhalten dadurch ein umfassendes Bild über deren Arbeitsrahmen. Durch den gemeinsamen Dialog entsteht ein gemeinsames Wissen über die Arbeitsgrundlagen, wodurch gegenseitige Anerkennung und gemeinsame Arbeitsatmosphäre geschaffen wird. Die AkteurInnen können sich mit dem Netzwerk identifizieren und es wird ein gemeinsames Verständnis und damit verbunden die Grundlage für eine zukünftige Zusammenarbeit in einem stabilen Kooperationsnetzwerk geschaffen. Dadurch werden Kooperationsbarrieren abgebaut und persönliche Arbeitsvorteile aufgezeigt. Das

Hauptinteresse ist dabei das Wohl der Kinder und nicht den eigenen Arbeitsalltag zu erleichtern. Wenn es den Kindern gut geht und deren Bedürfnisse umfassend Beachtung finden, wird als positiver Nebeneffekt auch der Arbeitsalltag für alle Beteiligten erleichtert werden.

Das Kooperationsnetzwerk ist nicht fest und kann durch die Mitarbeitenden immer wieder neu diskutiert werden. Es kann sich dadurch an die Umstände und die Bedürfnisse anpassen. Durch gemeinsame Abstimmung und aufgebaute Interaktionszusammenhänge wird zukünftiges Zusammenwirken erleichtert und Arbeitsprozesse verkürzt. Damit werden informelle Arbeitsstrukturen aufgebaut. Informelle Strukturen und Kooperationen schaffen eine besondere Form der Bewältigung von Arbeitsanforderungen (Bolte, Porschen, 2006: S.11). Es gibt neue Handlungsweisen, die eine Flexibilisierung der festen Strukturen ermöglichen. Das Kooperationsnetzwerk ist somit auch Chance für den Transformationsprozess von der Integration zur Inklusion. Die formellen und informellen Regelungen werden in die Organisationsstruktur mit einbezogen. Es wird möglich, Veränderungen leichter in ein System zu adaptieren.

Der Aufbau eines Kooperationsnetzwerkes für die Kitas und die damit verbundene Eigenschaften und Funktionen, bietet somit einen Teil, um den Inklusionsprozess voran zu treiben und zu begleiten. Die Kooperationsnetzwerke zeichnen sich auch durch die Definition der Inklusion aus. Es besteht aus Personen mit unterschiedlichen Professionen und Arbeitsstrukturen, die ein gemeinsames miteinander Leben schaffen und sich im gemeinsamen Arbeiten solidarisieren. Des Weiteren passen sich die Strukturen den Bedürfnissen an. In der Diskussion um Inklusion und der Umsetzung der Forderungen bietet somit ein Kooperationsnetzwerk die ideale Ausgangsbasis, um den Prozess aktiv mit gestalten zu können und die Erfahrungen, Wünsche und Vorstellungen aller beteiligten AkteurInnen mit einzubeziehen.

Die Initiierung eines Kooperativen Netzwerkes für Kitas würde somit den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft im Kindesalter andocken. Somit werden Strukturen geschaffen, welche die Ideen der Inklusion schon in der Elementarsozialisation von Kindern mit einschließen.

3.3.3. Kooperationsnetzwerk Kita

Aus den vorherigen Überlegungen und Darstellungen ergeben sich viele positive Aspekte, die für die Arbeit mit Kindern, welche einen erhöhten Unterstützungsbedarf benötigen, unterstützend genutzt werden können. Es wird deutlich, dass vor allem durch die Kooperation aller Beteiligten neue Synergieeffekte entstehen. Durch das gemeinsam abgestimmte Handeln werden neue Arbeitsweisen umsetzbar. Die individuellen Ziele können den beteiligten AkteurInnen besser dargestellt werden und schaffen so eine bessere Akzeptanz. Daher ergibt sich aus den theoretischen Vorüberlegungen die Forschungsfrage: Wie kann die Integration von Kindern in Kitas verbessert werden und wie wird sich der Inklusionsprozess weiter entwickeln. Im Weiteren werde ich dafür einen, Leitfaden entwickeln, der es ermöglichen soll unter den momentanen strukturellen Voraussetzungen ein Kooperationsnetzwerk in der Kita aufzubauen. Dieses soll die AkteurInnen, welche am Eingliederungsprozess beteiligt sind, miteinander verbinden, um ein transparentes und besseres Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Dadurch werden vernetzende Arbeitsweisen hergestellt, die die Handlungsmöglichkeiten der KooperationspartnerInnen deutlich verbessern werden. Zusätzlich wird für den zukünftigen Übergang von der Integration zur Inklusion ein Unterstützungsgremium aufgebaut, welches zielgerichtet und planvoll die Bildungsarbeit für alle Kinder gleichsam ermöglicht. Um eine stimmige Bezeichnung für die Zusammenarbeit zu finden, habe ich mich für Kooperationsnetzwerk Kita entschieden. Es lässt zwar offen, um welche Kooperation es sich handelt. Dies soll jedoch die offene Struktur des Netzwerkes unterstreichen und unvoreingenommen für eine gemeinsame Zielfindung sein. Schwerpunkt ist, wie Kinder mit besonderem Bedarf, individuell abgestimmte Unterstützung erhalten können, unter der Beachtung der arbeitsspezifischen Handlungsweisen aller beteiligten AkteurInnen. Dadurch soll eine bessere Zusammenarbeit entstehen, die es ermöglichen soll, eine abgestimmte Arbeitsweise zwischen allen aufzubauen. Das Kooperationsnetzwerk Kita soll daher auch als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Professionen und deren Arbeitslogiken dienen. Im Punkt 6.1 stelle ich die Eigenschaften und Faktoren vor, welche für den Erfolg eines Netzwerkes nötig sind. Aus diesen erarbeite ich einen Leitfaden für das Kooperationsnetzwerk Kita.

4. Akteure

Es gibt eine Vielzahl von Personen, die im Prozess zur Eingliederung involviert sind. Im Folgenden werde ich diese aufzeigen und deren Bedeutung im Eingliederungsprozess darstellen. Ich werde die Rollen, Funktionen und Zuschreibungen dieser darstellen. Im Weiteren werde ich überlegen, welche AkteurInnen am stärksten bei der Eingliederung eingebunden sind und für den Aufbau des Kooperationsnetzwerks Kita einen positiven Beitrag zum Gelingen leisten können.

Bei der Betrachtung der beteiligten AkteurInnen lassen sich vier Ebenen verteilen, in die sich die Personen zuordnen lassen. Diese lauten wie folgt:

1. Familie

- Eltern, Kinder, Angehörige

2. Kita/Träger

- ErzieherInnen, LeiterInnen, mitarbeitende Fachberatung, Mitarbeitende in Beratungsstellen

3. Vereine

- HeilpädagogInnen, ÄrztInnen, PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, EinzelfallhelferInnen

4. Kommunale Verwaltung/Ämter

- SachbearbeiterInnen Sozialamt, SachbearbeiterInnen Jugendamt, SachbearbeiterInnen Kommunalen Sozialverband (Sozialleistungsträger)

In der **ersten Ebene** habe ich die Familie gewählt. Diese beinhaltet die Personensorgeberechtigten, die stellvertretend für Interessen der betroffenen Kinder zuständig sind, in den meisten Fällen die Eltern. Des Weiteren sind die Kinder selbst und deren Angehörige wie beispielsweise Großeltern oder Geschwister in dieser Gruppe. Die Familie gilt als primärer Sozialisationsraum und ist bestimmend für die Entwicklung von Kindern. Sie soll Schutz vor äußeren Einflüssen bieten und einen optimalen Raum zum Aufwachsen für Kinder schaffen. Dabei gehören auch in den heutigen gesellschaftlichen Zusammenhängen punktuell die Großeltern als entlastende Personen für die alltäglichen Herausforderungen des Familienlebens dazu. Die Familie bietet Halt, ist jedoch auf Grund der Benachteiligung mit zusätzlichen Aufwendungen und von Diskriminierung betroffen. Es müssen beispielsweise Anträge gestellt und Verfahren eingeleitet werden, die wiederum zeitliche und finanzielle Einschränkungen nach sich ziehen und zu zusätzlichen Belastungen für die Familienmitglieder führen. In besonders belastenden Momenten werden die Familienmitglieder vor zusätzliche Herausforderungen gestellt, die wiederum starke Spannungen untereinander zur Folge haben können.

Neben der Familie ist die Kindertageseinrichtung ein zentraler Ort für die frühkindliche Entwicklung. Die Mitarbeitenden in dieser **zweiten Ebene** setzen sich für die Interessen ihrer Bezugspersonen ein und haben einen gegenseitigen sozialen und emotionalen Bezug zueinander. Diese Ebene zeichnet sich durch eine pädagogische Handlungsweise aus. Die AkteurInnen haben eine pädagogische Ausbildung und die Arbeit ist durch den direkten Bezug zu Menschen gekennzeichnet. Ihr Handeln ist durch Fachlichkeit geprägt und orientiert sich an den Bedürfnissen und Kompetenzen anderer und wird auf deren Handlungen abgestimmt. Die AkteurInnen sind professionelle Fachkräfte, deren Arbeitsweise durch spezifische Ausbildung auf die soziale Teilhabe aller Menschen ausgerichtet ist. Es besteht ein großer Bindungszusammenhang zwischen den Mitarbeitenden und den Kindern. Die AkteurInnen wollen zum gemeinsamen Lernen anregen und motivieren.

Auf der **dritten Ebenen** sind AkteurInnen vertreten, die mit der Begutachtung, Diagnose und zusätzlichen individuellen Förderung beauftragt sind. Die Professionen beziehen sich einerseits auf die ärztliche Begutachtung und Diagnose der Kinder. Andererseits sind die VertreterInnen dieser Ebene auch durch eine pädagogische

Handlungsweise geprägt und stehen in starker sozialer Interaktionen zu den Beteiligten. Sie haben auch einen persönlichen Bezug und eine Bindung zu den Betroffenen. Sie sind wie auf der vorherigen zweiten Ebene im direkten sozialen Bezug mit den Kindern und deren Familien im Kontakt. Ihr Handeln ist auch auf die Bedürfnisse und deren Kompetenzen ausgerichtet. Zusätzlich wird jedoch die Benachteiligung der Betroffenen fokussiert und spezifische Fördermaßnahmen durchgeführt. Die Zusammenarbeit mit der Familie findet in einer weniger intensiven Form wie in der Kita statt. Eine Abstimmung mit den Mitarbeitenden aus der Kita erfolgt in organisatorischer Hinsicht.

Auf der **vierten Ebene** befinden sich die Vertreter der kommunalen Verwaltungen. Diese sind für die Genehmigung und Finanzierung von Unterstützungsleistungen zuständig. Die Arbeit der AkteurInnen auf dieser Ebene kennzeichnet sich durch die Bearbeitung von Fällen auf der Basis von Sachlagen aus. Die Mitarbeitenden sind meist Verwaltungsangestellte oder SachbearbeiterInnen, deren Profession auf der Durchführung von Verwaltungsakten, Vorschriften und rechtlichen Regelungen beruht. Der Großteil der Beurteilungen der Fälle erfolgt vom Schreibtisch und beruht auf schriftlichen Anträgen, Diagnosen und Entwicklungseinschätzungen. In geringen Fällen erfolgt eine persönliche Begutachtung vor Ort. Es besteht daher auch kein persönlicher Bezug zu den betroffenen Kindern und nur in ganz seltenen Fällen zu den AkteurInnen der anderen Ebenen.

Die Darstellung der einzelnen Ebenen zeigt, dass bestimmte Ebenen sehr in sich geschlossen sind und andere Ebenen untereinander agieren und sich beeinflussen. Ich möchte daher die beteiligten AkteurInnen dazu anregen, am Aufbau eines Kooperationsnetzwerk Kita mit zu wirken. Dies würde die Verbindung und den persönlichen Bezug aller Ebenen verbessern. Dazu werde ich den AkteurInnen die Vorteile des gemeinsamen Zusammenwirkens verdeutlichen und einen Leidfaden dafür aufzeigen. Außerdem werde ich den oben benannten AkteurInnen die Vorteile und das Kooperationsnetzwerk Kita vorstellen und in Interviews die Meinungen dazu abfragen. Den Aufbau des praktischen Untersuchungsvorhabens zeige ich im Punkt 6 auf. Im Folgenden Punkt setze ich mich mit aktuellen Modell- und Forschungsprojekten auseinander, die sich mit dem Thema Kooperation und Netzwerke im Bereich der Elementarpädagogik befassen.

5. Studien

5.1. Sächsisches Landesmodellprojekt Inklusion in Kindertageseinrichtungen „Eine Kita für Alle“

Das Modellprojekt Inklusion in Kindertageseinrichtungen vom Institut 3L beschäftigt sich intensiv mit den AkteurInnen, die in einer Kita tätig sind. Es gibt in Sachsen sechs Kitas an verschiedenen Standorten und von unterschiedlichen Trägern, die sich am Modellprojekt der Inklusionskita beteiligen. Dabei steht der Schwerpunkt in der spezifischen Beratung des Personals und der Weiterbildung zum Thema Inklusion und deren Bedeutung sowie den damit verbundenen Herausforderungen. Das Projekt ist auf vier Jahre ausgelegt und läuft von Februar 2013 bis Dezember 2016. Es werden themenspezifische Fachtagungen angeboten, die sich mit den alltäglichen Arbeits- und Kitastrukturen auseinandersetzen, um ein gemeinsames und vielfältiges Miteinander aller Kinder zu ermöglichen (Institut 3L, 2015: S. 27). Das Projekt stellt im Ergebnisteil Handlungsempfehlungen für Kindertageseinrichtungen und deren Mitarbeitenden heraus, um in Zukunft Inklusion ermöglichen zu können. Dabei sind die Grundhaltung und die Reflexion des pädagogischen Personals Bedingung für deren Erfolg. Die Flexibilisierung der Fachkräfte und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen, sich auf die spezifischen Bedürfnisse der Kinder anzupassen, sind Vorraussetzungen dafür. So ist beispielsweise das Erlernen der Gebärdensprachen notwendig, wenn ein gehörloses Kind in eine Einrichtung aufgenommen wird (Institut 3L, 2015: S.32). Für eine zielgerichtete und qualifizierte Arbeit mit allen Kindern gemeinsam, ist ein besserer Personalschlüssel notwendig. Es müssen zusätzliche Zeitressourcen geschaffen werden, um eine Vernetzung mit anderen Personen und Kooperationspartnern im sozialen Raum zu schaffen, aber auch um Tätigkeiten wie die Dokumentation und Elternarbeit zu verbessern. Dazu bedarf es jedoch der Änderung auf politischer Ebene und den damit verbundenen Gesetzen und Verordnungen (Institut 3L, 2015: S. 35)

Bei Kindern, die einen erhöhten Betreuungsbedarf haben, jedoch nicht durch die Integrationsverordnungen berücksichtigt werden, bedarf es anderer professionsübergreifender Kooperationsformen, um deren Unterstützungsbedarf gerecht

zu werden (Institut 3L, 2015: S. 40f.). In Auswertungen aus den Kitas lässt sich festhalten, dass nur punktuelle Projekte angeboten werden. Diese sind jedoch von zeitlich beschränkter Dauer und nicht allgemein bindend für alle Kitas. Des Weiteren gibt es den Wunsch auch intensiver und häufiger mit Frühförderstellen und Sozialämtern zusammen zu arbeiten (Institut 3L, 2015: S. 80ff.).

Ziel des Projektes ist es, in der letzten Phase noch einmal intensiver den Diskurs zum Thema Inklusion in die Öffentlichkeit zu transportieren. Des Weiteren soll der Fokus auf die Netzwerkarbeit und die Übergänge in die Schule gelegt werden (Institut 3L, 2015: S. 52 f.).

Das Modellprojekt hat die Herausforderungen in der Arbeit mit Kindern in einer Kita, die einen erhöhten Bedarf brauchen, herausstellen können. Es wird vor allem durch die PädagogInnen aus den Projektstandorten auf die Bedürfnisse hingewiesen, die für die Umsetzung der inklusiven Pädagogik notwendig sind und unbedingt zu beachten sind. Die Aufgaben der Schlussphase, die Netzwerkstrukturen zu stärken und das Thema Inklusion mehr in die Öffentlichkeit zu rücken, sind wichtige Punkte, um die Umsetzung der Inklusionsidee weiter voran zu bringen. Jedoch fehlt es an konkreten Umsetzungsstrategien und kann an einigen Modellstandorten nur auf Grund von Ausnahmeregelungen durchgeführt werden (Institut 3L, 2015: S. 92 f.). Die aktuellen gesetzlichen Vorgaben bremsen das Inklusionsvorhaben aus. Daher bin ich der Auffassung, dass mehr der Fokus auf die politischen AkteurInnen gelegt werden muss. Die ProjektmitarbeiterInnen sollten die vorhandenen Strukturen und Netzwerke nutzen, um die Inklusionsgedanken mehr in den politischen Fokus zu rücken und um eine Änderung der aktuellen Gesetzeslage voran zu treiben, so dass zukünftig in allen Kitas inklusiv miteinander gearbeitet werden kann.

5.2. Kommunale Netzwerke für Kinder

Die Bertelsmann Stiftung hat in einer Gemeinschaftsinitiative mit der Heinz Nixdorf Stiftung ein Projekt initiiert, das die Verbesserung der Bildungschancen für alle Kinder ermöglichen soll. Dabei steht im Interesse, wie die Bildung, Betreuung und Erziehung für die frühkindliche Entwicklung verbessert werden kann. Dazu wurden zwei Modellkommunen, Chemnitz und Paderborn, ausgewählt, um an den Standorten ein Netzwerk und eine intensive Kooperation mit unterschiedlichen Institutionen

aufzubauen (Bertelsmann-Stiftung, 2008: S. 11). Das Projekt war für die Dauer von drei Jahren angelegt und startete im Jahr 2005. In der Anfangsphase war es das Ziel, eine Gemeinschaft auf kommunaler Ebene aufzubauen. Es wird erörtert, was für das Gelingen eines kommunalen Netzwerkes erforderlich ist und in welcher Form Kooperationen gestaltet werden müssen. Dabei werden auch alle AkteurInnen aufgezeigt, die für das Netzwerk notwendig sind. Es gibt eine Person, die für die Organisation, Steuerung und gesamte Koordinierung des Netzwerkes zuständig ist. Der so genannte Netzwerker ist damit beauftragt, die Kooperationen aufrechtzuerhalten (Bertelsmann-Stiftung, 2008: S. 23 ff.). Im Weiteren wird beschrieben, wie sich bestmöglich ein Netzwerk aufbauen lässt. Es werden Faktoren beschrieben, die zu einer Struktur führen, in der sich alle im Netzwerk befindlichen AkteurInnen zusammen für die Aufgaben verantwortlich fühlen. Jede einzelne Profession in der Gruppe kann sich gewinnbringend beteiligen und schafft somit einen interdisziplinären Dialog und Austausch zwischen allen beteiligten AkteurInnen. Die Beteiligten erhalten einen positiven Gewinn aus der Kooperation, eignen sich Informationen an und können ihre Kompetenzen ausbauen. Es wird ein gemeinsames Arbeitsklima geschaffen und Aufgaben können gezielt von den zuständigen Arbeitsgebieten bearbeitet werden (Bertelsmann-Stiftung, 2008: S. 63 ff.). Damit das gebildete Netzwerk die Wirkungskraft entfalten kann, ist es darauf angewiesen, dass die Mitglieder gemeinsame Handlungsempfehlungen finden und sich mit dem Netzwerk identifizieren. Dazu muss ein gemeinsames Leitbild erstellt werden, welches sich aus den gemeinsam zusammengetragenen Zielen ergibt (Bertelsmann-Stiftung, 2008: S. 85 ff.). Somit werden auch alle AkteurInnen an der Entwicklung beteiligt. Dadurch, dass alle AkteurInnen bei der Erstellung der Ziele mit eingebunden sind, sind diese auch von allen legitimiert und die AkteurInnen können die erarbeiteten Maßnahmen in ihrer Umsetzung und nach außen vertreten (Bertelsmann-Stiftung, 2008: S. 90 ff.). Daher ist es von besonderer Bedeutung, dass alle Beteiligten über die getroffenen Vereinbarungen informiert sind. Um ein erfolgreiches Zusammenwirken des Netzwerkes zu ermöglichen, sollten flexible Rahmenbedingungen ermöglicht werden, um auch auf veränderte Situationen reagieren zu können und ein Weiterarbeiten zu ermöglichen (Bertelsmann-Stiftung, 2008: S. 131). Die im Netzwerk beteiligten AkteurInnen stehen in regelmäßigem Austausch zueinander. Da diese auch weiterhin aus unterschiedlichen Berufsfeldern und aus unterschiedlichen Professionen zusammengesetzt sind, profitieren alle Beteiligten vom Wissen und den Erfahrungen der anderen Mitglieder.

Das gemeinsame Lernen innerhalb der Gruppe stärkt das Netzwerk. Natürlich müssen auch Fort- und Weiterbildung über externe Anbieter erfolgen, um die Qualität im Netzwerk zu sichern. Durch das Wechselspiel der Wissensvermittlung findet eine Weiterentwicklung der AkteurInnen statt und das Netzwerk weist eine hohe Qualität auf (Bertelsmann-Stiftung, 2008: S. 135 ff. S. 145). Um die Netzwerkarbeit und die Angebote publik zu machen und auch die Zielgruppen zu erreichen, ist eine zielführende und passende Öffentlichkeitsarbeit notwendig (Bertelsmann-Stiftung, 2008: S. 147 ff.). Ein weiterer Punkt für das Gelingen des Netzwerkes ist die Evaluation der Angebote und Maßnahmen. Hiermit kann festgestellt werden, ob diese auch die Zielgruppe erreichen und eine Wirksamkeit gegeben ist. Das trägt zur Verbesserung des gesamten Netzwerkes bei und sichert somit die Qualität der Angebote ab (Bertelsmann-Stiftung, 2008: S. 168).

Das Projekt der Bertelsmann Stiftung, ein Kommunales Netzwerk für Kinder zu bilden, ermöglicht eine fundierte theoretische Wissensvermittlung, was notwendig ist, um ein erfolgreiches Netzwerk zu initiieren. Dabei verbindet der Bericht praktische Erfahrungen aus den Praxisbeispielen der zwei Modellkommunen Chemnitz und Paderborn mit den theoretischen Grundlagen. Bei der Initiierung des Netzwerkes werden sämtliche AkteurInnen beachtet, die an der frühkindlichen Bildung und Erziehung beteiligt sind. Des Weiteren werden auch politische Gremien wie der kommunale Jugendhilfeausschuss mit in den weiteren Kreis des Netzwerkes aufgenommen. Dies hat den Vorteil, dass politische AkteurInnen mit in die Angebote und Maßnahmen des Netzwerkes einbezogen werden und so Unterstützung auch in finanzieller Sicht erhalten. Die Vorschläge lassen sich in diesem Umfang nicht auf mein Forschungsvorhaben übertragen. Es ist sehr groß und allumfassend angelegt und hat durch die finanziellen Mittel der Bertelsmann Stiftung und kommunale Mittel einen hohen Erfolg. Dadurch ist auch die große Tragweite des Projektes bestimmt. Der Bericht über das Projekt bietet mir jedoch einen sehr guten und umfangreichen theoretischen Hintergrund für den Aufbau eines Netzwerkes.

5.3. Frühe Chance - Lernort Praxis

Das letzte Projekt, welches ich vorstellen möchte, kann ich in meiner Arbeit als Erzieher in einer Kindertagesstätte auch persönlich miterleben. Das Projekt Lernort Praxis wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert und wissenschaftlich durch PädQUIS (Pädagogische Qualitäts-Informationen-Systeme) begleitet. PädQUIS ist ein Institut, das Qualifizierungen von Kitas durchführt und zur Sicherung der Qualität in der Arbeit mit Kindern beiträgt. Es zertifiziert Kitas und erstellt Leitfäden für die Arbeit in einer Kindertagesstätte. Aus dem Projekt soll ein Curriculum Modul entstehen, welches fester Bestandteil des Qualitätshandbuchs in Kitas wird. Das Projekt Lernort Praxis hat als Ziel, die Komplexität der theoretischen Ausbildung und der praktischen Arbeit in Kitas, abgestimmt miteinander zu koordinieren. Somit sollen Auszubildende besser bei der praktischen Ausbildung in den Praxiseinrichtungen begleitet werden. Die Zusammenarbeit zwischen den theoretischen und praktischen Ausbildungsstätten soll damit ausgeweitet werden (PädQuis, 2015). Das Projekt läuft seit 2013 und wird 2016 beendet. Durch das Projekt soll die Qualität der Fachkräfte in den Kitas verbessert werden und zur Professionalisierung der Auszubildenden, die in den Kitas tätig sind, beigetragen werden (BMFSFJ Frühe Chance, 2015: S. 1). Durch das Projekt sollen somit die Praxisanleiter in den Kitas in ihrer Arbeit gestärkt werden, um bedarfsgerechte Anleitungen für die unterschiedlichen Auszubildenden anzubieten. Im Weiteren ist es das Ziel, die Zusammenarbeit der Ausbildungsstätten Schule und Kita zu fördern und ein gemeinsam abgestimmtes Handeln zu verwirklichen. Das Projekt bietet drei Schwerpunkte, von denen sich die Projektkitas einen auswählen können (BMFSFJ Frühe Chance, 2015: S. 3).

Schwerpunkt 1: Qualifizierung im Bereich Praxisanleitung und
Anleitungskonzeptionen

Schwerpunkt 2: Verstärkung der Kooperation der Lernorte

Schwerpunkt 3: Erschließung und Bindung bisher unterrepräsentierter
Personengruppen als Fachkräfte

Für die fachliche Begleitung der Kitas gibt es eine PraxismentorIn, die auch als so genannte NetzwerkerIn fungiert. Diese hat die zusätzliche Aufgabe, die Kooperation zwischen dem Projekt, der Schule und der Kita aufzubauen und zu erhalten. Um die Aufgaben erfolgreich umsetzen zu können, erhalten die PraxismentorInnen finanzielle Mittel zur Fortbildungen und auch für Coaching. Zur Qualitätssicherung des Projektes gibt es eine Beratungsperson für fachliche Fragen. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und es werden Evaluationen durchgeführt. Es findet ein fortlaufendes Monitoring statt und es werden Reflexionsräume geschaffen (BMFSFJ Frühe Chance, 2015: S. 6).

Da das Projekt auch in meiner Kita durchgeführt wird, war es mir möglich einen Einblick zur praktischen Arbeit in Netzwerken zu erhalten. Ich konnte Herausforderungen und besonders positive Aspekte beobachten. Ich hätte gern mehr Informationen zum Projektverlauf gehabt, doch leider gibt es keinen Zwischenbericht. Ich kann somit nur die Projektbeschreibung und meine persönlichen Erfahrungen für meine Forschungsarbeit nutzen. Positiv hervorheben möchte ich auch die kleine Kooperationsgruppe, die sich in diesem Projekt bildet, um an der Qualität und der Professionalisierung der Auszubildende als frühpädagogische Fachkräfte zu wirken. Es ist ein überschaubarer Personenkreis vorhanden, der zusammen arbeitet und gemeinsame Ziele verwirklicht. So wie es auch in meiner Idee des Kooperationsnetzwerks Kita der Fall sein wird.

6. Erhebungsmethode

6.1. Befragung der beteiligten AkteurInnen zum Aufbau eines gemeinsamen Kooperationsnetzwerks Kita

Im Rahmen meiner Untersuchung möchte ich zu einer Kooperation anregen. Mein Ziel ist es, für alle Beteiligten Entlastungen zu schaffen und durch das gemeinsam abgestimmte Handeln, individuell passende Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene vorzuhalten. In Studien und Modellprojekten hat sich gezeigt, dass Kooperationen positive Effekte auf die individuellen Bedürfnisse im Arbeitszusammenhang haben (vgl. Institut 3L, 2015: S.24ff; S.41ff). Aus den theoretischen Überlegungen entwickle ich einen Leitfaden, wie ein Kooperationsnetzwerk aufgebaut werden kann und welche Punkte bearbeitet werden müssen, damit es zu einer gelungenen Kooperation kommt. Ich möchte aufzeigen, welche positiven Aspekte in einem Kooperationsnetzwerk für dessen Mitglieder entstehen. Dabei sollen alle relevanten AkteurInnen, die momentan an der so genannten Integration von Kindern in einer Kita beteiligt sind, befragt werden. Als Erstes werde ich die Vorteile eines Kooperationsnetzwerks aufzeigen. Ich möchte von den zu befragenden Personen deren Auffassung über die aktuelle Organisation der Integration von betroffenen Kindern abfragen und deren Meinung zum Kooperationsvorhaben ermitteln. Des Weiteren werde ich von den Interviewten erfragen, ob durch das Kooperationsnetzwerk der Übergangsprozess von der Integration zur Inklusion verbessert werden kann.

Gern hätte ich in diesem Zusammenhang einen größeren Fokus auf die Inklusion gelegt. Jedoch ist dies unter den momentan vorherrschenden Strukturen nur bedingt möglich. Der Wandlungsprozess von der Integration zur Inklusion steht in Deutschland wie weiter oben beschrieben noch in der Anfangsphase und bedarf noch verschiedener Faktoren, um auf einer weiteren Stufe diskutiert werden zu können. Daher ist dies auch nur punktuell möglich.

Im Folgenden stelle ich die Punkte dar, die ich den Befragten zum Kooperationsnetzwerk Kita vorstellen werde. Dadurch erhalten diese einen Einblick, welche Aufwendungen notwendig sind und welche Vorteile eine Kooperation bringt. Des Weiteren beschreibe ich, wie das Kooperationsnetzwerk aufgebaut wird und wie sich die Organisation des Netzwerks zukünftig weiter realisieren lässt. In dieser Einführung können sich die Befragten selber eine Meinung zu dem Vorhaben bilden und mit ihren eigenen Erfahrungsräumen verbinden. Dadurch erhoffe ich mir, dass diese einen besseren Bezug zum Thema herstellen können und verschiedene Sichtweisen für das Interview entstehen.

Zusammenfassung der Eigenschaften und Faktoren für das Kooperativnetzwerk Kita zur Darstellung im Interview:

- Um die Kooperation aufzubauen, ist die Steuerung und Koordination notwendig. Diese wird von mir aus gehen. Dafür werde ich die Struktur zum Kooperationsnetzwerk aufbauen.
- Durch Kooperation werden Handlungsabläufe effizienter gestaltbar und optimale Lösungen geschaffen.
- Bei der Koalition arbeiten alle AkteurInnen in einem Team mit verschiedenen Professionen in einem gemeinsamen Handlungsfeld zusammen.
- Die Ziele werden aufeinander bezogen zusammen erarbeitet.
- Die Mitglieder stimmen sich gemeinsam ab und orientieren sich dabei am Bedarf der Angebote.
- Im Rahmen der gemeinsamen Aushandlungsprozesse werden neue Konzepte und Strukturen für das Zusammenwirken entwickelt.
- Die Zusammenarbeit ist langfristig und Projektübergreifend ausgelegt.
- Das Netzwerk schafft Vertrauen zwischen den agierenden AkteurInnen um so eine abgestimmte Entwicklungs- und Bildungsarbeit der Kinder zu realisieren.
- Das Netzwerk ist ein flexibles und beständiges, welches sich am Bedarf der UnterstützungsempfängerInnen orientiert.
- Es werden gemeinsam planvolle und zielgerichtete Angebote entwickelt.
- Es werden individuelle Arbeitsbedürfnisse für das Kooperationsverständnis und ein gemeinsames Verständnis für die Kooperation geschaffen.

- Der Austausch über unterschiedliche Arbeitsweisen soll durch die Kommunikation die AkteurInnen untereinander stärker verbinden
- Jeder einzelne stellt seine Motive der Kooperation und die Erwartungen an das Netzwerk dar.
- Daraus werden gemeinsame Ziele erarbeitet.
- Es erfolgt eine Aufgabenaufteilung im Rahmen der Zuständigkeiten der einzelnen AkteurInnen, die sich aus den Zielen ergeben
- Der Austausch von Informationen steigert die Wissenszunahme so wie Fähigkeiten und Fertigkeiten bei den Beteiligten, die sie für den eigenen Arbeitszusammenhang nutzen.
- Es wechseln die ModeratorInnen, deren Aufgabe es ist, das Kooperationsnetzwerk aufrecht zu erhalten und der damit verbundenen Organisation des nächsten Treffens.
- Die Teilnahme am Kooperationsnetzwerke ist freiwillig.
- Das Kooperationsnetzwerk ist offen und kann sich somit jeder Zeit an die Begebenheiten anpassen. Es hat keine festen Strukturen und kann durch die Mitarbeitenden immer wieder neu diskutiert werden.

6.2. Das Experteninterview

Integration und Inklusion in Kitas werden immer mehr in den gesamt gesellschaftlichen Fokus gerückt. Im Forschungsfeld gibt es jedoch nur wenige praxisrelevante Untersuchungen oder Ergebnisse, die auf die Zusammenarbeit der AkteurInnen übertragen werden können. Daher gibt es auch nur wenige spezifische Forschungen aus dem Bereich der Kindertageseinrichtungen. In hier dargestellten Forschungsvorhaben stellte sich daher die Frage, mit welchem Instrument sich in diesem Forschungsfeld bestmöglich thematische Ergebnisse erzielen lassen. Da zu diesem Thema noch nicht viel geforscht wurde, war klar, dass es sich um ein sehr exploratives Forschungsgebiet handelt. Daher sind auch keine quantitativen Methoden relevant. Bei der Literaturrecherche zu qualitativen Methoden habe ich über das Experteninterview gelesen. Diese Methode schien von Anfang an zum Vorhaben zu passen. Die Beschreibung der AkteurInnen aus Punkt 4 bilden die zu befragenden Personen ab. Diese lassen sich auf Grundlage des institutionell-organisatorischen Kontextes zu einer der jeweiligen Personenkreise zuordnen. Somit setzen sich die AkteurInnen durch ihre alltägliche Lebens- oder Arbeitsroutine mit dem Thema der Forschung auseinander. Sie können über weit reichende Erfahrungen und Praxisbezüge aus dem Bereich der Zusammenarbeit für Menschen, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben, berichten. Dadurch lässt sich mein Forschungsvorhaben realisieren und ich kann die Methode des Experteninterviews wählen (Friebertshäuser, Langer, Pregel 2010: S. 457 - 458). Diese Interviewform ist eine Befragungstechnik, welche es dem Interviewten ermöglicht, für bestimmte Bereiche gehaltvolle Antworten zu erheben. Es ist eine offene Befragungsform, die durch einen Leitfaden strukturiert ist. Es ist ein großes menschliches Bedürfnis, sich mitzuteilen und über sein Wissen zu sprechen (vgl. Honer 2011: S. 46). Diese Gelegenheit wird im Rahmen des Interviews den Befragten gegeben und es kann gleichzeitig Material für die Forschung akquiriert werden. Mit der Befragungsmethode des Experteninterviews lassen sich pädagogische Programme, wie beispielsweise die Initiierung eines Kooperationsnetzwerks, aus der Praxis darstellen und nachvollziehbar untersuchen (Friebertshäuser, Langer, Pregel 2010: S.457). Die Methode ermöglicht es, latente Wissensgebiete möglichst weit zu erfassen. Es lassen sich subjektive Wissensbestände replizieren und keine objektiven Datenmengen erheben. Damit ist diese Methode für die Erhebung und der damit verbundenen

geringen Fallzahl am ehesten geeignet. Aus den theoretischen Vorüberlegungen lassen sich Wirklichkeitsdarstellungen überprüfen und neue Erkenntnisse gewinnen. Die Rekonstruktion der eigenen Wissensbestände des Befragten und deren Formulierungen zeigen die Einstellungen und Festlegungen zum Thema auf. Dadurch werden Informationen und Vermutungen, die für die Forschung relevant sind, herausgestellt. Es wird handlungsorientiertes Wissen vermittelt, welches den Interviewten im Besonderen von Bedeutung ist. Die Befragten berichten aus ihrem beruflichen Erlebens- und Erfahrungsraum. Alle Informationen, die ausdrücklich formuliert werden, lassen sich leichter auswerten und müssen in der Ergebnisdarstellung nicht umständlich und eventuell fehlerhaft interpretiert werden. Im Interview rekonstruieren die Befragten aktiv Ereignisse, Erfahrungen, Handlungen und Wissen, wodurch ein themenspezifisches und umfassendes Material über den Forschungsgegenstand erhoben wird. Da Personen aus dem Berufsfeld befragt werden, kann die Einstellung der Handelnden im Interview erhoben werden. Es werden dadurch Informationen gewonnen, die Rückschlüsse zu den spezifischen Arbeitsweisen der Befragten ermöglichen. Das Experteninterview ist kein repräsentatives Instrument, sondern eignet sich zur Generierung spezifischer Wissensbestände der GesprächspartnerInnen, die sie auf Grund ihrer speziellen Erfahrungen oder ihres Wissens im untersuchten Praxisbereich haben. Die angewandte Form des Interviews ist typischerweise das 2-Personen-Gespräch. Die GesprächspartnerInnen kommen aus dem Untersuchungsfeld und sind mit dem Forschungsthema vertraut. Sie sind durch ihre spezifischen Eigenschaften und Qualifikationen dafür geeignet, zu antworten. Das Experteninterview eignet sich, um Erfahrungen derjenigen zu erheben, die an der konzeptionellen Umsetzung von Neuerungen beteiligt sind. Es werden kontextbezogene Abläufe erhoben, die auf institutionelle Strukturen und Arbeitsweisen rückschließen lassen. Das Interview ist wenig strukturiert und dient zur Erhebung von explorativen Daten. Es ermöglicht die Zuordnung zu einem spezifischen Arbeitsfeld und zeigt Arbeitslogiken und Handlungsweisen, die sich daraus ergeben, auf. Der Schwerpunkt des Experteninterviews liegt in der Erkenntnisakquise, die sich aus dem besonderen Wissen der Interviewten ergibt (Friebertshäuser, Langer, Pregel 2010: S. 465).

Ein Kritikpunkt an der Methode des Experteninterviews ist die Erfassung von Erfahrungen und Sichtweisen, die nicht deduktiv-nomologisch abgeleitet wurden (Friebertshäuser, Langer, Pregel 2010: S. 468). Da die befragten AkteurInnen aus dem Arbeitskontext des Forschungsgegenstands stammen, ist davon auszugehen, dass diese

mit dem Untersuchungskontext vertraut sind und gehaltvolle Ergebnisse erzielt werden können. Ein weiterer Kritikpunkt an der Technik ist, dass diese Form des Interviews von verschiedenen Einflüssen beeinträchtigt werden kann. Es ist eine künstlich geschaffene Situation, in der die InterviewerInnen vertrauensvollen Zugang zu den Befragten aufbauen sollen, um ehrliche und gehaltvolle Antworten zu erhalten. Hier sind vor allem kommunikative Fähigkeiten und situativ flexible Kompetenzen auf Seite der InterviewerInnen gefragt, um eine gemeinsame Sprachebene zu finden (Honer 2011: S. 54/55). Um dennoch sicher zu stellen, dass die gewählte Befragungsmethode gelingt, ist viel Wissen und Information zum Forschungsthema nötig. Da ich ausführlich theoretisch und fachlich ins Forschungsthema eingearbeitet bin, sehe ich hier nur geringe Probleme, die sich durch meine Person als Interviewer ergeben könnten. Da ebenfalls AkteurInnen befragt werden, die sich im untersuchten Arbeitskontext befinden, kann davon ausgegangen werden, dass diese einen großen Erfahrungs- und Wissensbestand zum Thema haben, welchen sie mitteilen werden. Die Form des Experteninterviews ist die bestmöglich geeignete Befragungstechnik für das qualitative Forschungsvorhaben. Durch die Teilstandardisierung können Nach- und Rückfragen mit in den Erhebungsprozess aufgenommen werden, wodurch sich der Informationsgehalt zum Thema erweitert. Des Weiteren erwarte ich von der Befragungsmethode umfassende Informationen, da die InterviewpartnerInnen die Möglichkeit erhalten, ihre Erfahrungen und ihre Anliegen zu dem noch wenig beforschten Untersuchungsfeld größtmöglich darzustellen.

6.3. Leitfadeninterview

Nachdem ich mich für die Erhebungsmethode des Experteninterviews entschieden habe, musste ich mir nun eine genauere Befragungstechnik überlegen. Da es sich bei dem Thema Integration und Inklusion in Kitas um ein relativ unerforschtes Gebiet handelt, gab es keine Möglichkeit, auf bestehende Fragebögen oder Fragesammlungen zurückgreifen. Aus diesem Grund habe ich mich dafür entschieden, in der Fachliteratur zu recherchieren und im Zusammenhang aus den vorherigen theoretischen Überlegungen einen Leitfaden für die Interviews zu entwickeln. Schlussendlich entstand daraus das Leitfadeninterview. Hierfür habe ich vorher festgelegte Fragen überlegt, die durch die Interviewten sehr offen beantwortet werden können. Dies sollte die

InterviewpartnerInnen dazu anregen, ehrlich und ungezwungen von Ihren Erfahrungen zu erzählen. Der Inhalt der Fragen erörtert den Schwerpunkt des Forschungsthemas: Wie lässt sich die Integration von Kindern in Kitas verbessern und wie kann sich der Inklusionsprozess weiter entwickeln. Da es sich bei der Untersuchung um ein nicht repräsentatives Forschungsvorhaben handelt, habe ich auf Prüfverfahren zu den Gütekriterien der Fragen verzichtet. Bei der Erstellung der Fragen habe ich mich jedoch an den methodologischen Verfahrensweisen orientiert. Um dennoch einen zuverlässigen Leitfaden zu erhalten, habe ich die Fragen einer kleinen Gruppe von KommilitonInnen vorgestellt und diskutiert. Dabei bin ich auf verschiedene Schwächen in der Fragestellung hingewiesen worden und überarbeitete die Fragen hinsichtlich der Kritikpunkte nochmals. Somit habe ich einen Leitfaden entworfen, der in drei Komplexe aufgeteilt werden kann. Am Anfang gibt es eine Einstiegsfrage, die auf das Thema einstimmen soll, darauf folgen die Fragen zum Thema Kooperationsnetzwerk Kita und zum Schluss die Erhebung einer Einschätzung zur Inklusionsentwicklung. Schlussendlich ist damit ein Leitfaden entstanden, der eine klare Struktur und logische Reihenfolge hat (Kopp, Langenhoff, Schröder 2000: S. 31). Um den Arbeitskontext der Interviewten bei der Auswertung mit einbeziehen zu können, werde ich die Arbeitsfelder in denen sich die Interviewten befinden, selbständig zuordnen. Dies ist dadurch möglich, da ich selber die Interviews durchführe und vorher gezielt auf die AkteurInnen zugehe und den für die Forschung relevanten Kontext der Befragten beachte. Somit ergibt sich ein Leitfaden für die bevorstehenden Interviews, welcher im Anhang dieser Arbeit angefügt ist. Beim offenen Leitfadeninterview werden keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Der Vorteil dieser Technik ist, dass die interviewten Personen viel Spielraum bei der Beantwortung eingeräumt bekommen, ihre Antworten frei geben und eigene Sichtweisen hinzufügen können. Der Interviewer kann mit Hilfe des Leitfadens durch das Interview steuern und schafft somit eine Gesamtstruktur für das Interview. Durch die offene Form werden keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben, wodurch neue und interessante Aspekte zum Thema in Erfahrung gebracht werden (Kopp, Langenhoff, Schröder 2000: S. 31). Zu Beginn des Interviews stellen die Interviewer die Vorteile eines Kooperationsnetzwerks sowie den Kooperationsnetzwerkleitfaden vor. Somit können sich die Interviewten auf das Thema einstimmen und Zusammenhänge herstellen. Es wird ein Bezug zum Thema geschaffen, was es den Interviewten erleichtern soll, in die Thematik einzusteigen und sich auf die Befragung einzulassen.

Die Auswahl der InterviewpartnerInnen ist durch das Forschungsthema sehr eingegrenzt und definiert. Da ich die am Integrationsprozess beteiligten AkteurInnen befragen will, werde ich auf Personen zugehen, die im Punkt 4 dargestellt sind. Die Auswahl erfolgt hierbei ganz zufällig. Ich werde Personen ansprechen und fragen, ob sie zu einem Interview bereit sind.

6.4. Telefoninterview

Aufgrund persönlicher Umstände, die mit zeitweiser Bewegungseinschränkung einhergehen, habe ich mich statt für persönliche Face-to face für Telefoninterviews entschieden. Dies war für mich die stimmigste Methode, um in meiner Immobilität an meinem Thema weiterarbeiten zu können und gleichwertige Ergebnisse zu erhalten. Ein weiterer Punkt, der mich dazu bestärkt, Telefoninterviews zu führen, ist die Tatsache, dass ich im Rahmen meines Erststudiums als studentische Hilfskraft an telefonischen Befragungen teilgenommen habe. Ich bin theoretisch zur Interviewform geschult worden und konnte diese auch schon praktisch anwenden.

Im Weiteren informierte ich mich, welche Möglichkeiten es gibt, die Telefonate aufzuzeichnen. Dafür habe ich eine Software gefunden, die es ermöglicht über den Computer zu telefonieren und zusätzlich mit einem Audiorecorder die Gespräche aufzunehmen. Um die Interviews durchführen zu können, habe ich die Telefonsoftware SoftPhone in der Version 2.6 von der 1&1 Internet AG genutzt. Die Aufnahmesoftware heißt Audiorecorder in der Version 6.1. und ist in Microsoft Windows 7 enthalten. Durch mehrere Testanrufe konnte ich sicherstellen, dass die benutzte Software die Gespräche in einer guten Qualität aufzeichnet und somit für die Forschung genutzt werden kann.

Da die technischen Voraussetzungen somit gegeben waren, habe ich mich im Weiteren intensiver mit der Methode des Telefoninterviews befasst. Die Methode wurde in den USA entwickelt und auf Grund der hohen Telefondichte schon seit den 1940er Jahren durchgeführt. In Deutschland wird die Befragungsmethode seit den 1980er Jahren verstärkt in der Markt- und Meinungsforschung angewandt. Telefonbefragungen eignen sich auch im Besonderen für die Durchführung von Grundlagenforschungen, wie es

auch dieser Arbeit entspricht (Häder M., Häder S., 2009: S. 9 ff). Es bietet folgende positive Aspekte für die Befragung. Das Telefoninterview gilt als Alternativmöglichkeit zum persönlichen Interview. Die Befragung am Telefon lässt sich in kurzer Zeit realisieren und es bedarf keiner größeren Aufwendungen, um mit den InterviewpartnerInnen in Kontakt zu treten. Es ist nicht notwendig ein persönliches Treffen zu vereinbaren (WPGS 2015). Der Einfluss des Interviewers durch sein persönliches Auftreten ist im telefonischen Interview geringer, da Eigenschaften wie nonverbale Reaktionen, Aussehen und Kleidung nicht relevant sind. Es wird eine neutralere Situation geschaffen, die es ermöglicht, offener über Sachverhalte zu sprechen (Häder M., Häder S., 2009: S. 15).

Es gibt natürlich auch einige Herausforderungen, die bei der telefonischen Befragung beachtet werden müssen. Zu Beginn des Gesprächs müssen viele Informationen zum Projekt gegeben werden, damit sich die Interviewten mit dem Thema identifizieren und mit dem Wissen zum Forschungsthema beitragen können. Bei der Fragestellung muss beachtet werden, dass die kognitive Aufmerksamkeit der Befragten nicht zu sehr beansprucht werden kann. Es können nur klare und verständliche Fragen gestellt werden. Es bedarf des gesonderten Hinweises und der Zustimmung, dass das Gespräch aufgezeichnet wird (Kopp, Langenhoff, Schröder, 2000: S. 33-34). Ein weiterer Kritikpunkt ist die Anonymität, gerade bei gezielten Anrufen wird es schwer fallen, diese glaubhaft zu zusichern. Somit muss durch den Interviewer ein hohes Vertrauen für die Bearbeitung sensibler Daten zugesichert werden (WPGS 2015). Des Weiteren sind für meine Untersuchung nicht die einzelnen Personen und ihre Biografien von Interesse, sondern die Kontexte, in denen sie arbeiten oder agieren und die in diesen Zusammenhang getroffenen Aussagen. Somit kann ich versichern, dass persönliche Angaben zur Person nicht von Interesse für meine Untersuchung sind. Des Weiteren werden die aufgenommenen Audiodateien ausschließlich für meine Masterarbeit verwendet und nicht an andere Personen weitergegeben.

Unter der Beachtung der verschiedenen Punkte kann die Erhebung der Daten in Form einer telefonischen Befragung erfolgreich werden. Die Methode ist der Face-to-face Befragung sehr ähnlich, gerade bei dem Einfluss, der von dem Interviewer ausgeht, und der Leitfadenerstellung muss sehr überlegt vorgegangen werden. Ich bin der Auffassung, dass durch die Ähnlichkeit meine Untersuchung durch die

Telefonbefragung gleichartige Ergebnisse hervorbringen wird. Das leitfadengestützte Telefoninterview erleichtert mir in meiner Situation im großen Umfang die Befragung der AkteurInnen. Die Akquirierung der Daten mit dieser Methode ermöglicht mir, an meiner Untersuchung weiter arbeiten zu können.

6.5. Interviewsituation

Die Interviews wurden an unterschiedlichen AkteurInnen durchgeführt. Hierbei gestalteten sich die Gespräche so, dass ich immer vorher bei den Personen angerufen habe und mein Forschungsvorhaben vorgestellt habe. Ich versicherte, dass die Interviews anonym durchgeführt werden und ich diese zur Auswertung gern aufzeichnen will. Dafür bat ich um eine mündliche Einverständniserklärung. Danach fragte ich, ob die Personen zu einem Interview bereit wären und ob wir dafür einen Termin vereinbaren können. Alle Interviewten haben sich Zeit für das Telefonat genommen und sie konnten somit ohne zeitlichen Druck durchgeführt werden. Alle Interviews wurden mit Hilfe eines Computers vollständig aufgezeichnet. Vor jedem Interview habe ich ausführlich die Software in ihren Eigenschaften und Eigenheiten getestet, um Fehlerquellen von Seiten der Technik ausschließen zu können. Um Einflüsse und Fehler bei den Interviews zu minimieren, habe ich mich als Interviewer möglichst neutral zu den Befragten verhalten. Damit die reaktiven Effekte so niedrig wie möglich gehalten werden, habe ich mich für die Teilstandardisierung der Interviews entschieden. Des Weiteren gibt es auf Grund des Themas und der öffentlichen Diskussion sicherlich sozial erwünschte Antworten, die möglicherweise gegeben wurden. Dies versuchte ich in der Auswertung und Interpretation der Ergebnisse zu beachten. Durch die Bedingungen und Begebenheiten der Interviewsituationen lassen sich Einflüsse nicht vollständig ausschließen. Des Weiteren ist auch zu erwähnen, dass ich als Interviewer, trotz aller Bedachtsamkeit auch unbewusst Effekte auslösen kann, welche sich auf die gesamte Interviewsituation auswirken. Als Beispiele seien das Auftreten als Student oder die Tatsache, dass ich als Mann angerufen habe, genannt, welche die Interviewten unbewusst beeinflussen können.

Im Großen und Ganzen lässt sich eine deutlich positive Bilanz zu den Interviews ziehen. Es gab keine Abbrüche und ich habe durchweg Antworten erhalten, die für die

folgende Auswertung gewinnbringende Erkenntnisse aufzeigen. Die Aufzeichnung der Interviews am Computer war unproblematisch und erzielte eine gute Sprachqualität. Insgesamt wurden fünf Interviews geführt. Diese wurden anonym und auf freiwilliger Basis durchgeführt. Ausgewählt wurden Personen die im direkten Zusammenhang mit der Integration von Kindern in Kitas betroffen sind. Es konnte aus jeder der vier Ebenen die im Punkt 4 (1. Familie, 2. Kita/Träger, 3. Vereine, 4. Kommunale Verwaltung/Ämter) beschrieben wurden, eine Person befragt werden. Diese waren ein Elternteil, eine Erzieherin, ein Mitarbeiter aus einem Verein und ein Mitarbeiter aus dem Sozialamt. Zusätzlich war es möglich einer Heilpädagogin zu befragen, welche der Ebene 3, dem Verein zugeordnet wird. Die Heilpädagogin ist für die Unterstützung von mehreren integrativen Kindern in verschiedenen Kitas zuständig und kann damit weitere Eindrücke und Erfahrungen weitergeben. Die Erhebung der Daten kann durchweg als positiv bezeichnet werden.

6.6. Zusammenfassendes Protokoll

Zur Auswertung der Leitfadeninterviews habe ich mich für die Methode des zusammenfassenden Protokolls entschieden. Bei dieser Auswertungstechnik sind vor allem die inhaltlichen und thematischen Aspekte der Aussagen von Bedeutung, um Auswertungskategorien zu bilden (Schreier, 2014). Hierbei handelt es sich um eine Technik, in der systematisch Kommunikationsmaterial durchgearbeitet wird. Dabei werden aus den Tonaufnahmen Inhalte zusammengefasst und aufgeschrieben (Buber, 2007: S.663). Die Auswertung des Materials erfolgt in der Vorgehensweise der qualitativen Inhaltsanalyse. Mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse lässt sich in mehreren Analyseschritten schriftliches Material zusammenfassen und spezifische Auswertungen zu dem erforschten Gegenstand formulieren, ohne allgemein quantifizierende Aussagen zu treffen. Dies ist das passende Instrument zur Auswertung des Datenmaterials aus den Telefonbefragungen. Da die Interviews aufgezeichnet wurden und in Form von Audiodateien vorliegen, steht für die Auswertung umfangreiches Material zur Verfügung. Im Rahmen des Auswertungsverfahrens werden schrittweise die Aussagen reduziert und die inhaltlichen Informationen gebündelt sowie auf den kontextuellen Hintergrund der Befragten bezogen. Damit lassen sich die wesentlichen Inhalte in einer übersichtlichen Form darstellen und Kategorien bilden

(Mayring, 2000). Auf den theoretischen Vorüberlegungen basierend werden aus dem vorliegenden Audiomaterial induktiv Kategorien sowie Codierungen gebildet. Bei der induktiven Schlussweise werden aus den Sachverhalten heraus Kategorien gebildet, um so verallgemeinerte Aussagen treffen zu können. Um den wissenschaftlichen Gütekriterien gerecht zu werden, müssen diese nachvollziehbar sein und bei einer Wiederholung der Analyse ähnliche Ergebnisse aufzeigen (Flick et al., 2008: S.468ff).

6.7. Auswertungsverfahren

Für die Auswertungen der Interviews orientiere ich mich an der Methode der Inhaltsanalyse, die dabei in fünf Schritten vorgeht. Dabei werden Auswertungskategorien auf Grundlage der theoretischen Vorüberlegungen gebildet. Dies hat den großen Vorteil, dass von Anfang an die Theorien und Begriffe in gleicher Bedeutung für den gesamten Forschungsprozess genutzt werden.

Der größte Kritikpunkt an dieser Methode ist, dass die Inhalte der Befragung subjektiv und beliebig interpretiert werden können. Die Überprüfbarkeit der Ergebnisse ist somit sehr schwierig. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Bildung der Auswertungskategorien und die damit verbundene Reduktion der Informationen, wodurch Inhalte und Informationen vernachlässigt werden können. Dies kann dazu führen, dass Zusammenhänge nicht in den Fokus rücken und ihre Bedeutung verlieren oder auch die Gesamtinterpretation fehlerhaft wird. Bei der Quantifizierung der Ergebnisse ist darauf zu achten, dass nicht nur Häufigkeiten aufgezählt werden, sondern die Inhalte analysiert werden, um Informationen herauszustellen (Flick et al., 2008: S.468ff).

Im ersten Schritt zur Auswertung werden alle Interviews im Einzelnen angehört. Dabei ist es wichtig, dass Textpassagen nicht vorzeitig den Fragestellungen zugeordnet werden. Damit werden auch Kontexte, die sich nur bei weiterer Betrachtung zuordnen lassen, mit in den Fokus der Themenzuordnung aufgenommen. Beim wiederholten Hören wurden nur die Textpassagen mit den Themen und den Aspekten, die dem Forschungsgegenstand entsprechen, notiert. Hierdurch ergeben sich Auswertungskategorien, die sich anhand der theoretischen Vorüberlegungen bilden. Ich habe jedoch auch Aspekte notiert, die sich aus der Fragestellung ergeben und für die

Bildung der Auswertungskategorien sinnvoll erschienen. Auf dieser Grundlage habe ich folgende sieben Auswertungskategorien benennen können:

1. *Aktuelle Kooperationsqualität*: Diese Kategorie setzt sich aus der Anzahl der genannten Personen zusammen, mit denen die Befragten bei der Integration zusammenarbeiten.
2. *Informationen zu Unterstützungsleistungen*: Diese Kategorie erfasst die Äußerungen über vorhandene oder fehlende Informationen, die für die Integration notwendig sind, zusammen.
3. *Kooperationsgestaltung*: In dieser Kategorie werden die Anmerkungen und Wünsche der Befragten über den Integrationsprozess aufgenommen.
4. *Beteiligung Kinder*: In dieser Kategorie wird die Meinung über die Beteiligung der Kinder am Kooperationsnetzwerk abgefragt.
5. *Kooperationsvorteile*: In dieser Kategorie werden Aussagen der Befragten über die Vorteile eines Kooperationsnetzwerkes zusammengefasst.
6. *Kooperationsnachteile*: In dieser Kategorie werden Aussagen der Befragten über die Nachteile, die durch ein Kooperationsnetzwerk entstehen können, zusammengefasst.
7. *Weiterentwicklung Inklusion*: In dieser Kategorie werden die Anmerkungen der Befragten zusammengefasst, wie sich durch Kooperation der Übergang zur Inklusion in Kitas geschaffen werden kann.

Im zweiten Schritt wurden die Codierungen gebildet. Diese wurde aus den Auswertungskategorien erarbeitet. Die Codierungen wurden dann anhand einiger Interviews erprobt und festgelegt. Im Weiteren wurden die Beschreibungen und Ausprägungen den einzelnen Kategorien zugeordnet. Die Codierungen werden in folgender Tabelle dargestellt:

Tabelle 1: Codierungen

Kooperationsqualität	KQ
Informationen	INFO
Kooperationsgestaltung	KG
Beteiligung Kinder	BK
Kooperationsvorteile	KV
Kooperationsnachteile	KN
Weiterentwicklung Inklusion	I

Im dritten Schritt habe ich unter Verwendung der Codierung jedes einzelne Interview bearbeitet. Dabei wurden die Inhalte und thematischen Aspekte mit den Codierungen verschlüsselt. Somit habe ich die Codes, die aus den vorher gebildeten Kategorien umgewandelt wurden, auf das Material angewandt und in den Interviews zugeordnet. Dadurch konnte eine Informationsreduktion vorgenommen werden, um die Fälle miteinander vergleichen zu können.

Im vierten Schritt ließen sich mit Hilfe der Codierungen die Häufigkeiten im Material auszählen. Es werden Informationen aus den Interviews gebündelt, welche grundlegend für die weitere Analyse der Auswertungen sind. Durch diese Übersicht lässt sich die Häufigkeit zu bestimmten Aussagen in den Kategorien feststellen und Einzelfälle herausstellen. Es werden erste Zusammenhänge deutlich, auf die im Folgenden spezifisch eingegangen wird.

Im fünften Schritt werden die ausgewählten Kategorien, welche aus den vorherigen Schritten entstanden sind, im Spezifischen ausgewertet und interpretiert. Dies ist das Kernstück der Inhaltsanalyse, da das Material nun im Gesamten abgebildet wird und die Ergebnisse der Forschung aufgeschrieben werden. Die Forschungsfrage wird im Einzelnen geprüft und die Aussagen der Interviewten verglichen. Unter Verwendung des theoretischen Rahmens werden die einzelnen Fälle vertiefend analysiert und verschriftlicht. Dafür werden Textbeispiele ausgewählt, welche die inhaltlichen Aussagen darstellen.

Durch die beschriebenen fünf Schritte, werden die Methode und die Verfahrensweise transparent dargestellt und es lässt sich die Nachvollziehbarkeit der Untersuchung überprüfen. Unter der Beachtung der Prämissen und Kriterien ist die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse angemessen, um die Fragestellung anhand des Audiomaterials auszuwerten. Somit kann sichergestellt werden, dass das Material dem wissenschaftlichen Verständnis gerecht wird.

7. Ergebnisse

Nach der vorhergehenden methodischen Darstellung des Erhebungs- und Auswertungsprozesses, werde ich im Folgenden die konkreten Ergebnisse der Untersuchung darstellen. Im ersten Abschnitt werde ich die quantifizierenden Auswertungen der Interviews anhand der Codierungen darstellen. Im Weiteren werde ich die geführten Interviews anhand der Forschungsfrage auswerten.

7.1. Quantitative Auswertung

Wie weiter oben bereits dargestellt, habe ich zum Zweck der Reduktion der Komplexität die Aussagen aus den Interviews zu sieben Codierungen zugeordnet, welche vorab aus den Auswertungskategorien gebildet wurden. Um dies zu verdeutlichen, zeige ich ein Beispiel auf.

Beispiel 1 Interview Elternteil: ...Herausforderung, jemanden zu finden, der in der Kita zur Therapie kommt....

Dieser Aspekt wurde der Kategorie „Informationen“ zugeordnet und mit der Codierung INFO versehen. Hier wird durch die Interviewte deutlich der Wunsch geäußert Auskünfte über Anbieter zu erhalten, die Unterstützungsleistungen in einer Kita anbieten. Sie bringt damit zum Ausdruck, dass sie einen Informationsbedarf hat, den sie selber gar nicht oder nur mit großen Anstrengungen bewältigen kann.

Beispiel 2 Interview Vertreter Verein: ...ist förderlich, da es losgelöst vom Einzelfall wäre...

Dieser Aspekt wurde der Kategorie „Inklusion“ zugeordnet. Die Codierung erfolgt mittels des Kürzel I.

In der folgenden Tabelle werden die Häufigkeiten der erfolgten Zuordnungen der Aspekte und Aussagen anhand der Codierung insgesamt aufgezeigt.

Tabelle 2: Zuordnungshäufigkeiten

	Kooperationsqualität (KQ)	Informationen (INFO)	Kooperationsgestaltung (KG)	Beteiligung Kinder (BK)	Kooperationsvorteile (KV)	Kooperationsnachteile (KN)	Weiterentwicklung Inklusion (I)
Eltern	4	5	4	2	3	2	1
Erzieherin	4	1	3	1	1	1	3
Mitarbeiter Verein	4	3	12	1	4	2	3
Heilpädagogin	3	3	8	1	5	3	2
Mitarbeiter Sozialamt	6	1	14	2	1	1	1
Gesamt	21	13	41	7	14	9	10

Es zeigt sich deutlich, dass die meisten Aussagen in die Kategorien Kooperationsgestaltung mit 41 Aussagen und Kooperationsqualität mit 21 Aussagen zuordnen ließen. Die Kooperationsqualität zeigt auf, mit welchen und mit wie vielen Personen sich die Befragten im Rahmen der Integration austauschen. Bei der Kategorie Kooperationsgestaltung werden Äußerungen zusammengefasst, bei denen die Befragten klare Kooperationsvorstellungen beschreiben und Forderungen für ein besseres Gelingen aufzeigen.

Besonders der Mitarbeiter aus dem Sozialamt und der Mitarbeiter aus dem Verein stechen hier mit klaren Vorstellungen zur Kooperationsgestaltung vor. Sie äußerten

vielseitige Vorstellungen, wie aus ihrer Sichtweise die Kooperation und das Zusammenwirken gestaltet werden sollen. Der Mitarbeiter aus dem Sozialamt hat dabei die meisten Beschreibungen geäußert. Dies liegt auch daran, dass er festgelegte Verwaltungsabläufe hat, die für die Gestaltung des Integrationsprozesses vorgeschrieben sind. Somit sind klare Regelungen vorhanden, wie die Integration von Kindern in Kitas idealerweise ablaufen soll und sich die Aufgaben der beteiligten AkteurInnen gestalten. Der Mitarbeiter aus dem Verein verteilt feste Rollen für die beteiligten AkteurInnen und zeigt die Vorteile für die Beteiligten auf. Nach meiner Erkenntnis besitzt er eine besondere Rolle im Integrationsprozess. Er scheint eine Mittelposition zwischen Eltern, Kind, Erziehern, und MitarbeiterInnen aus dem Sozialamt auszufüllen. Er hat auch den großen Vorteil, dass er regelmäßig mit allen Beteiligten Kontakt hat und sich mit diesen abstimmt. Dies zeigt deutlich auf, dass sich der Blick für das Gesamtkonstrukt der Integration in seiner Person wieder findet. Er bildet eine große Schnittmenge aus den Kontakten, die er zu den Beteiligten hat. Diese Schlüsselposition wird vor allem für den Anfang des Kooperationsnetzwerks von Nutzen sein. Die Person kann eine Brücke zwischen den Beteiligten schaffen und als Vermittler zwischen den verschiedenen Arbeitslogiken fungieren. Sein Wissen und die Informationen stellen ein hohes Potenzial für die Initiierung eines Kooperationsnetzwerks Kita dar.

7.2. Qualitative Auswertung

Im Folgenden Abschnitt wird das Interviewmaterial im Hinblick auf die Forschungsfrage anhand der Auswertungskategorien ausgewertet. Diese war, wie die Integration von Kindern in Kitas verbessert werden kann und wie sich der Inklusionsprozess weiter entwickelt. Dies wird auf Grundlage der Aussagen der interviewten AkteurInnen, die am Eingliederungsprozess in einer Kita beteiligt sind, durchgeführt. Dazu werde ich die einzelnen Auswertungskategorien mit den Aspekten, die durch die InterviewpartnerInnen genannt worden, beispielhaft aufzeigen und deren Inhalte diskutieren. Dazu werde ich die einzelnen Aussagen der AkteurInnen zusammenfassen. Die Inhalte und thematischen Aspekte werden dann ausschnittshaft den jeweiligen Auswertungskategorien zugeordnet.

7.2.1. Kooperationsqualität

Elternteil:

- *ErzieherInnen, Sozialamt, Therapeuten*
- *zwischen Kita Mitarbeitenden und Eltern sehr gut*
- *Zusammentreffen mit der Kita ohne Probleme und regelmäßig*
- *einmaliges Treffen mit der MitarbeiterIn aus dem Sozialamt*

Erzieherin

- *KollegInnen,, Leitung, Eltern, Ämtern*
- *Zu wenig Zeit für die Integrationsarbeit an sich*

Vertreter Verein:

- *mit dem Kind, Eltern*
- *so gut wie keine Koordination zwischen allen AkteurInnen*
- *bessere Abstimmung der Personen*
- *selber auf das Sozialamt zugegangen*
- *momentan zu unkoordiniert*

Heilpädagogin:

- *Eltern, Kind, Frühförderpädagogen, Therapeuten, dem Team, Sozialamt, Jugendamt, Heilpädagogin, Lehrer*
- *Zusammenarbeit mit Sozialamt war immer gut*
- *Familienarbeit müsse ausgebaut werden, es fehlt die Zeit*

Mitarbeiter Sozialamt:

- *Zusammenarbeit deutlich besser als in anderen Bereichen Schule, Arbeiten, Wohnen*

- *Mitarbeiter im Sozialamt schaffen es nicht auf Grund der Anzahl der Fälle (200) sind jedoch regelmäßig an den Fällen dran*
- *Intensivere Fälle näher dran*
- *Einfach strukturierte Fälle auch nur durch Papier entschieden*
- *Ein Fall mit hoher Intensität muss auch mit allen Beteiligten durchgesetzt werden*

Es wird an den zusammengefassten Aussagen deutlich, dass eine Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren stattfindet. Dies ist schon mal ein positiver Punkt für die aktuelle Arbeit der am Integrationsprozess beteiligten AkteurInnen. Jedoch lässt sich auch aus den einzelnen Aussagen ableiten, wie die Qualität dieser Zusammenarbeit ist und wer wie intensiv mit wem zusammenarbeitet. Diese Auswertung fällt eher negativ aus. So gab es im gesamten Integrationsprozess bei einer Familie nur ein Treffen mit den Eltern und der VertreterIn aus dem Sozialamt. Wiederum hat sich der Mitarbeiter aus dem Verein zusätzlich um ein Treffen beim Sozialamt bemüht, um über den Fortgang der Maßnahme und der Betreuung des Kindes zu berichten. Die interviewte Erzieherin beklagt die zu geringe Zeit für die gesamte Integrationsarbeit. Die Heilpädagogin äußert sich explizit positiv über die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt würde sich jedoch mehr Zeit vor allem für die Arbeit mit den Familien wünschen. Der Mitarbeiter aus dem Sozialamt vergleicht die Zusammenarbeit in der Kita mit anderen Sachgebieten und stellt fest, dass diese besser ist als in anderen Bereichen. Auf Grund der Fülle der Fälle, die die Mitarbeitenden zu bearbeiten haben, ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit jedoch nicht möglich und eine stärkere Beteiligung ist komplexeren Fällen vorbehalten. Es gibt bei allen den Bedarf sich zu vernetzen und die Zusammenarbeit besser abzustimmen, um schneller agieren zu können. Es wird mehr Zeit verlangt, um sich mit allen AkteurInnen über bedarfsgerechte Angebote zu verständigen.

Aus den Aussagen lässt sich ein Gefälle zwischen der Zusammenarbeit der AkteurInnen, die direkt mit dem Kind zusammen wirken, und denen, die als Sachbearbeiter über Unterstützungsleistungen entschieden, feststellen. Sicherlich ist dies auch dem Punkt geschuldet, dass sich Eltern und ErzieherInnen öfter in den Kindertageseinrichtungen treffen und schneller Zugang zueinander haben. Jedoch scheint auch das Engagement des Mitarbeitenden aus dem Verein sehr hoch, da er sich

selbständig und ohne Notwendigkeit an das Sozialamt gewandt hat, um einen Informationsaustausch zu gewährleisten. Zusammengefasst bestätigt dies jedoch die Wichtigkeit einer zukünftig engeren Vernetzung zwischen den AkteurInnen und vor allem die intensivere Einbindung der Mitarbeitenden der Kostenträger. Das Angebot von einzelnen Treffen wird zwar genutzt, um jedoch ein effektiveres Arbeiten zu ermöglichen, müssen diese Synergien gebündelt werden und in Form von gemeinsamem Absprechen aller Beteiligten zusammengeführt werden. Jedoch sollte es von Seiten des Sozialamtes nicht als positiv bewertet werden, dass es in anderen Bereichen viel schlechter ist, sondern viel mehr der Anspruch in der Verbesserung der vorhandenen Arbeitsweisen liegen.

7.2.2. Informationen

Elternteil:

- *Zusatzleistungen in Eigenregie organisieren - Logopädie*
- *Herausforderung, jemanden finden, der in die Kita zur Therapie kommt*
- *Informationen zu Beratungsstellen*
- *Informationsaustausch*
- *Infomappe zur Integration / Therapeuten*

Erzieherin

- *Es fehlen Informationen*

Mitarbeiter Verein:

- *Informationen müssen auf Eigeninitiative erlangt werden*
- *Bessere Organisation der Informationen*
- *Erfahrungsaustausch für alle AkteurInnen*

Heilpädagogin:

- *Persönliche Berichte unter den Beteiligten zeigen Verhalten von Kindern aus anderer Perspektive auf*
- *Mit der Schule, um Übergänge besser zu begleiten, und die Lehrer nicht wieder von vorn anfangen müssen*
- *Informationen werden gebündelt*

Mitarbeiter Sozialamt:

- *Eltern sollten über die Integration/Zielstellungen und die Leistungen informiert werden*

Aus den Äußerungen aller AkteurInnen wird deutlich, dass im Integrationsprozess Informationen fehlen. Der Elternteil berichtete, dass sie sich selbständig und mit starken Herausforderungen um Unterstützungsleistungen kümmern mussten, die Angebote für die Kinder in der Kita durchführen. Es gab kein bestehendes Netzwerk, auf welches zurückgegriffen werden konnte. Die Organisation war auch sehr zeitaufwendig und es kam zu starken Verzögerungen bis die Behandlung beginnen konnte. Der Mitarbeiter aus dem Verein bemängelt, dass es nicht möglich ist, auf Erfahrungen aus anderen Fällen zurückzugreifen. Des Weiteren mussten Informationen auf eigene Initiative erarbeitet werden und standen nicht zur Verfügung. Daher wurde auch gefordert Informationen besser zu organisieren und zusammengefasst zur Verfügung zu stellen. Die Erzieherin äußerte, dass Informationen in der Organisation und für die Arbeit mit den Kindern fehlen. Die Heilpädagogin zeigt auf, dass durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit, auch die Perspektive aller Beteiligten untereinander ausgetauscht werden können. Es wäre auch möglich Informationen an die Schulen weiter zu geben, so dass diese an Punkten weiterarbeiten können und nicht von Anfang an beginnen müssten. Der Mitarbeiter vom Sozialamt sieht in der Aufklärung der Eltern über die Integration den Fokus der Informationsarbeit.

An dieser Stelle zeigt sich deutlich, dass in der Arbeit mit Kindern, die einen erhöhten Bedarf haben, viele Informationen fehlen. Aus den Äußerungen zeigt sich, dass eine bessere Abstimmung und der Austausch von Erfahrungen und Informationen den

Integrationsprozess viel hochwertiger gestalten würden. Es würde weniger Zeit in Recherchearbeit verloren gehen, die viel mehr in der Arbeit und das Zusammensein mit den Kindern genutzt werden kann. Es geht somit auch viel Zeit verloren, die besser zur Abstimmung, Bereitstellung und Austausch von Informationen investiert werden könnte. Ich denke auch, dass viele Informationen schon vorhanden sind, jedoch nicht den Beteiligten zugänglich gemacht werden, da es keine Plattform gibt, um diesen Bedarf zu artikulieren oder auch Informationen zur Verfügung zu stellen. Abschließend kann festgehalten werden, dass es bei den Akteuren einen Bedarf gibt, Informationen zu erhalten um zielführender in der Integration zu arbeiten und zusammen zu wirken. Alle wollen umfassende Informationen den anderen AkteurInnen zur Verfügung stellen und auch Rückinformationen haben.

7.2.3. Kooperationsgestaltung

Elternteil:

- *Gemeinsame Abstimmung für Unterstützungsleistungen gewünscht*
- *Bekommt man alle zusammen?*
- *Vorstellung wie Schulkonferenz, in der alle Kinder besprochen werden*
- *Kooperationsverträge mit Therapeuten schließen*
- *Zeitlicher Aufwand*
- *Zur Zeit müssen alle Hilfen selber gesucht werden*

Erzieherin

- *zeitlichen Rahmen ermöglichen*
- *Besonderheiten, auf die zu achten sind:*
Finanzierung, Organisatorische Sachen, passende Räumlichkeiten, Moderator finden

Mitarbeiter Verein:

- *es findet keine Beratung statt*
- *Es wäre günstiger zur Abstimmung*
- *Sollte vom Sozialamt aus gehen, da dieses die Kompetenz dazu hat, ein Treffen anzusetzen*
- *Ja, soll jedoch zum Arbeitsprofil dazugehören, da es momentan nicht entlohnt wird*
- *Die Beteiligten stimmen sich ab*
- *Eltern werden begleitet und beraten*
- *Planung der Unterstützungsleistung/Bedarf*
- *Rollen der Akteure reflektieren*
- *Diskrepanz zwischen Eltern und Fachmeinungen*
- *Eltern sind Entscheider, die anderen AkteurInnen Berater*
- *Evaluation der Maßnahmen*
- *Eltern über die Integration sensibilisieren und mehr beteiligen*

Heilpädagogin:

- *Erlangung des In-Status, sehr langer Prozess, dauert alles lang*
- *Kontakt, Berichte schreiben, Hospitation*
- *Prozess klar, aber alle Abstimmung mit den Beteiligten dauert zu lang*
- *Erfahrungen aus interdisziplinären Treffen leider ohne Sozialamt*
- *von der Kita aus organisiert in die Kita eingeladen*
- *Organisator festlegen: Träger oder Sozialamt*
- *Alle die beteiligen, die Zusammenarbeit auch wollen*

Mitarbeiter Sozialamt:

- *Leistungen in Kitas am ehesten an einen ordentlichen Integrationsprozess angebunden*
- *wenn man die Frage ernst nimmt, mit ja beantworten*
- *Prozesse nicht überstrukturieren*
- *im Einzelfall saubere Lösungen finden*

- *mehr Beteiligung von Kostenträgern wünschenswert: Krankenkasse, Pflegekassen,*
- *Rehaträger würde Hilfebedarf in Kitas effizienter machen*
- *Einfach strukturierte Fälle auch nur durch Papier entschieden*
- *Qualifizierungsbedarf in der Einrichtung*
- *Auch für Personal, die in der Eingliederungshilfe beschäftigt sind*
- *Berichte besser auswerten*
- *Akteure mit übergreifenden Gremien mit an den Tisch*
- *kein Außenvorlassen*
- *Private Kinderbetreuung mit beachten*
- *Planungen mit allen am Prozess Beteiligten soll gesamt abgestimmt werden*

Bei der Kooperationsgestaltung gibt es von allen Beteiligten klare Vorstellungen, wie diese realisiert werden kann. Der Elternteil äußert, dass momentan noch alle Hilfen selber gesucht werden müssen und somit eine Abstimmung unter den Beteiligten erwünscht ist. Es gibt klare Vorstellungen, dass diese wie etwa eine Schulkonferenz gestaltet werden kann. Um die Zusammenarbeit von TherapeutenInnen, Kita und Eltern zu verbessern und schnellere Angebote zu finden, wird ein Kooperationsvertrag für diese vorgeschlagen. Dies würde wieder den zeitlichen Aufwand reduzieren. Die Erzieherin erhofft sich dadurch eine bessere zeitliche Rahmung. Es wird auf die Besonderheiten wie die Organisation, Finanzierung, Räumlichkeiten und Moderation hingewiesen, die bei der Initiierung eines Kooperationsnetzwerkes zu beachten sind. Der Mitarbeitende aus dem Verein hat für die Kooperationsgestaltung sehr eindeutige Vorstellungen und sieht das Sozialamt und somit die kommunale Verwaltung in der Pflicht, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Im Rahmen der Kooperation können so auch die Rollen und Aufgaben der beteiligten AkteureInnen definiert werden und es findet dazu eine gemeinsame Einschätzung und Beurteilung statt. Er kritisiert, dass keine Beratung stattfindet und verweist auf Punkte, die in einer Kooperation Beachtung finden müssen. Der Mitarbeitende des Vereines betont die Sonderrolle von Eltern und gibt zu bedenken, dass deren Wahrnehmung auch widersprüchlich zu den Fachmeinungen sein kann. Daher ist für Eltern eine besondere Sensibilität und Beratung notwendig. Er stellt die Gewinne heraus und verweist damit auf das bessere Gelingen der Unterstützungsleistungen im Rahmen einer Kooperation. Die Heilpädagogin äußert, dass es an vielen Stellen an Zeit fehlt und dies effektiver gestaltet werden muss. Sie

selber hat schon einmal an einem interdisziplinären Treffen teilgenommen und fand dieses sehr gewinnbringend. Zu diesem Treffen waren auch alle an einem spezifischen Integrationsprozess Beteiligten mit anwesend, außer einem Vertreter aus dem Sozialamt. Ihrer Erfahrung nach sollte jedoch ein solches Treffen vom Sozialamt organisiert werden. Der Mitarbeiter aus dem Sozialamt bringt noch einen neuen Aspekt mit ein, dass auch Kostenträger wie beispielsweise Pflegekassen, Krankenkassen Rehabilitationsträger usw. bedacht werden, um diese perspektivisch an den Kosten der Integration zu beteiligen. Des Weiteren legt er auch den Fokus auf die Weiterqualifikation des Personals in der Kita und der Mitarbeitenden der Eingliederungshilfe, um die Prozesse der Integration besser und optimaler ausführen zu können.

Die befragten AkteurInnen äußerten deutliche Vorstellungen, wie die Kooperation gestaltet werden soll. Sie haben Wünsche, wie die Kooperation umgesetzt werden kann und welche Punkte beachtet werden müssen. Sie können den Gewinn aus der Kooperation aufzeigen und die damit verbundenen Vorteile. Es werden jedoch auch Befürchtungen geäußert, die auf den Erfahrungen aus der momentanen Integration beruhen und für eine zukünftige Zusammenarbeit relevant sein können. Diese müssen unbedingt bei dem Aufbau eines Kooperationsnetzwerkes ernst genommen werden, um Unstimmigkeiten und Probleme zu vermeiden. Die Fülle an den genannten Gestaltungswünschen zeigt auch, dass der momentane Integrationsprozess nicht optimal ist. Die AkteurInnen haben klare Vorstellungen und Forderungen, wie dieser besser und zielführender für alle Beteiligten gestaltet werden kann. Des Weiteren wünschen sich die Befragten, mehr im Prozess eingebunden zu werden und umfassender beteiligt zu sein.

7.2.4. Kooperationsvorteile

Elternteil:

- *Schneller, Integrationsprozess ist sehr träge*
- *Vernetzung würde Prozess beschleunigen*
- *Unterstützung muss nicht mehr alleine gesucht werden*

Erzieherin

- *Kontinuität*

Mitarbeiter Verein:

- *Bessere Abstimmung der Personen*
- *Beratung durch Fachkompetenzen*
- *nachhaltiger für Übergänge*
- *Es wäre sehr förderlich, würde die Arbeit verbessern und Erfolg fördern*

Heilpädagogin:

- *Super Idee*
- *Würde jedem Kind zugutekommen*
- *Informationen werden gebündelt*
- *alle profitieren*
- *Eltern und Kinder wären sicher und gut aufgehoben*

Mitarbeiter Sozialamt:

- *Zusammenarbeit*

Die Befragten konnten alle Vorteile aufzeigen, die sie aus einer Kooperation erhalten. Der Elternteil zeigte auf, dass die momentan stattfindende Integration beschleunigt werde. Des Weiteren ist es möglich, die Erfahrungen der Beteiligten zu nutzen und Unterstützungsleistungen müssten nicht mehr alleine gesucht werden. Die Erzieherin stellt den Vorteil einer kontinuierlicheren Arbeit heraus. Dadurch werden die Prozesse planbarer und die Arbeit mit Betroffenen ist stetig und langfristig ausgelegt. Der Vertreter aus dem Verein sieht die Vorteile in der Verbesserung der Arbeit und damit den Erfolg der Maßnahmen. Die Personen können sich untereinander besser abstimmen und es erfolgt eine Beratung durch kompetentes Fachpersonal. Er sieht auch die Vorteile für Übergänge. Somit kann etwa der Eintritt ins Schulsystem effizienter gestaltet werden und Betreuung und Begleitung ohne Brüche in der

Leistungserbringung realisiert werden. Des Weiteren können sich die Beteiligten über die passende Schulform abstimmen und Empfehlungen aussprechen. Die Heilpädagogin sieht die deutlichen Vorteile in der Bündelung der Informationen. Somit können alle Beteiligten auf Erfahrungen und Wissen der anderen AkteurInnen zurückgreifen. Sie ist der Meinung, dass alle Seiten von einer Kooperation profitieren und vor allem die Eltern und deren Kinder besser begleitet werden. Der Mitarbeiter aus dem Sozialamt sieht den Vorteil in einer besseren Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Die Befragten benennen unterschiedliche Vorteile, die aus der Kooperation entstehen. Es lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die Äußerungen eine positive Wirkung auf den Integrationsprozess für alle Beteiligten zur Folge haben. Die genannten Vorteile haben einerseits positive Effekte im individuellen Wirkungsbereich der Befragten. Andererseits haben diese auch positive Effekte für den Gesamtprozess der Integration und damit auch für alle anderen AkteurInnen zur Folge.

An dieser Stelle sticht ein sehr interessant Fakt heraus: Die unterschiedlichen individuellen Vorteile, die durch die einzelnen Befragten geäußert wurden, sind auch Vorteile für alle an der Integration beteiligten AkteurInnen. Dies ist somit ein sehr wertvoller Anknüpfungspunkt, welche die Initiierung eines Kooperationsnetzwerkes bestärkt. Den beteiligten AkteurInnen wird aufgezeigt, dass trotz der unterschiedlichen Interessen an der Kooperation, Ziele erarbeitet werden, die allen nutzen. Aus den verschiedenen Sichtweisen entstehen Ergebnisse, die für den Gesamtprozess der Integration nützlich sind. Dies verdeutlicht auch noch einmal den Gewinn, der aus den verschiedenen Professionen der AkteurInnen entsteht. Es sind Ansatzpunkte vorhanden, die zur gemeinsamen Zusammenarbeit und zu gemeinsamen Zielen führen.

7.2.5. Kooperationsnachteile

Elternteil:

- *zeitlicher Aufwand zur Organisation*
- *Schweigepflicht*

Erzieherin

- *Fortführung des Netzwerkes*
- *zeitlichen Rahmen ermöglichen*

Mitarbeiter Verein:

- *Organisation*
- *Zeitkapazitäten*

Heilpädagogin:

- *Kind könnte stigmatisiert werden und wird durchs Netzwerk hindurch ziehen*
- *Arbeit offen legen*
- *Zeitproblem, zeitliche Organisation*

Mitarbeiter Sozialamt:

- *Mitarbeiter im Sozialamt schaffen es nicht auf Grund der Anzahl der Fälle (200)*

Folgende Aussagen der Befragten zeigen auf, welche Nachteile diese durch ein Kooperationsnetzwerk erwarten. Der Elternteil gibt zu bedenken, dass durch die Organisation zusätzliche zeitliche Aufwendungen entstehen. Des Weiteren gibt dieser zu bedenken, dass es eine Schweigepflicht von verschiedenen AkteurInnen gibt. Dies muss mit besonderer Sorgfalt beachtet werden. Die Erzieherin sieht vor allem die Herausforderung in der Fortführung und Erhaltung des Netzwerkes und die Zuständigkeiten dafür als nachteilig. Des Weiteren sieht sie auch den zeitlichen Rahmen für die Ermöglichung des Kooperationsnetzwerkes als Nachteil an. Der Vertreter des Vereins hebt im Interview auch die Organisation und die Zeitkapazitäten als Nachteil hervor. Die Heilpädagogin warnt vor einer Stigmatisierung der Kinder im Netzwerk, die sich durch die gesamte Integrationslaufbahn ziehen könnte. Sie gibt auch zu bedenken, dass in einem Netzwerk die eigene Arbeit offen gelegt wird, was auch von AkteurInnen nicht gewollt sein kann. Der Mitarbeiter aus dem Sozialamt gibt zum Einwand, dass

jede MitarbeiterIn etwa 200 Fälle bearbeitet und somit keine zeitlichen Kapazitäten für zusätzliche Treffen übrig sind.

Hier sticht bei allen Befragten die zeitliche Komponente zur Ermöglichung des Netzwerkes im Besonderen hervor. Aus den Äußerungen wird somit deutlich, dass die Ressource Zeit bei allen Befragten einen sehr hohen Stellenwert hat und die Vorteile, die aus der Kooperation entstehen, als nachrangig erscheinen. Die Zeit ist für die Befragten ein beschränkender Faktor für die Initiierung eines Kooperationsnetzwerkes. Sicherlich wird das Netzwerk anfangs Zeit zum Aufbau und für die Organisation benötigen. Diese werden jedoch durch die Optimierung von Abläufen in der Zukunft aufgewogen werden. Daher gilt für den Initiierungsprozess des Netzwerkes darauf zu achten, dass von Beginn an der erhöhte zeitliche Aufwand transparent dargestellt wird. Die beteiligten AkteurInnen müssen expliziert auf diesen Punkt hingewiesen werden, damit in der Anfangsphase die Beteiligten dies einplanen können und darauf vorbereitet sind. Des Weiteren muss auch der Hinweis erfolgen, dass im Verlauf Abläufe durch das Netzwerk schneller und besser erfolgen und somit auch die anfänglich zusätzlichen zeitlichen Aufwendungen kompensiert werden. Die Komponente Zeit ist somit eine sehr wichtige Restriktion, die bei der Erarbeitung eines Kooperationsnetzwerkes mit besonderer Aufmerksamkeit Beachtung finden und von Anfang an transparent für die Beteiligten AkteurInnen aufgezeigt werden muss.

7.2.6. Beteiligung

Elternteil:

- *Altersbedingte Teilnahme punktuell möglich*
- *Themenspezifisch es sind Kita Kinder*

Erzieherin

- *alters entsprechend*

Mitarbeiter Verein:

- *Nein Thema nicht Alters entsprechend*
- *Sonderrolle wird hervorgehoben*
- *Und von der Betrachtungsweise steht es gegen den Inklusionsgedanken, da es das Bewusstsein der Kinder zum „anders Sein“ nur stärkt*

Heilpädagogin:

- *Großer Rahmen nicht günstig*

Mitarbeiter Sozialamt:

- *Noch nie gemacht*
- *Kinderbeteiligung mit beachten*

Bei der Frage, ob sich die Interviewten vorstellen können, auch die betroffenen Kinder am Kooperationsnetzwerk teilnehmen zu lassen, gab es ein relativ gleiches Antwortmuster. Die Hauptmeinung ist, dass eine Teilnahme nur punktuell und bei altersentsprechenden Themen erfolgen soll. Es sollte somit ein spezifischer Rahmen ermöglicht werden, der sich an dem Entwicklungsstand der Kinder orientiert. Die Heilpädagogin äußert, dass ein großer Rahmen ungünstig für eine Beteiligung der Kinder wäre. Der Mitarbeiter aus dem Sozialamt hat Kinder noch nicht an Besprechungsrunden mit teilnehmen lassen. Er ist jedoch der Meinung, dass die Beteiligung der Kinder in Zukunft zu beachten ist. Die Antwort des Vertreters aus dem Verein ergab jedoch noch einmal einen neuen Aspekt für die Beteiligung für betroffene Kinder. Er gibt zu bedenken, dass die Themen der Integration und der spezifischen Förderung nicht altersentsprechend seien. Des Weiteren würden durch die Beteiligung der Kinder, deren Besonderheiten sowie der erhöhte Bedarf hervorgehoben und diesen bewusst vorgezeigt. Dies steht entgegen allen Forderungen und Unterlassungen im Rahmen der Inklusion.

Der Aspekt der Sonderrolle ist bei der Beteiligungsfrage in dieser Form nicht beachtet worden. Gerade in der momentanen integrativen Betrachtung von Kindern, die einen

erhöhten Bedarf haben, ist immer eine defizitäre Darstellung des Bedarfes notwendig. Somit werden die Kinder mit ihren Sonderrollen und Einzelfälle herausgestellt. Wenn die betroffenen Kinder dabei mit anwesend wären, würde das ein aktives Bewusstwerden dieser Sonderstellung bedeuten. Dies darf natürlich auf keinen Fall stattfinden. Jedoch sollte auch bei der zukünftigen Initiierung des Kooperationsnetzwerks ein Platz für die Kinder ermöglicht werden. Es bedarf einer kinderspezifischen Form, die eine Beteiligung und Mitbestimmung im Netzwerk ermöglicht, ohne dabei Sonderstellungen oder Positionen zu produzieren. Im Rahmen der Inklusion sind die Themen und Bedürfnisse jedes Kindes zu beachten und daher sollten alle Kinder auch die Möglichkeit bekommen, ihre Belange in einer adäquaten Form mit anbringen zu können.

7.2.7. Weiterentwicklung Inklusion

Elternteil:

- *Ja, wäre ohne Betroffene möglich*

Erzieherin

- *weg von Stigmatisierungen und defizitären Arbeiten*
- *z.B. Stempel und gesonderte/ Extra Stellung*
- *Ja, ohne ist möglich*

Mitarbeiter Verein:

- *Wäre förderlich, da es gelöst vom Einzelfall wäre*
- *Orientiert sich am Bedarf und den Erfahrungen*
- *Inklusionsgedanken*

Heilpädagogin:

- *Nein, aber mit einbeziehen im kleineren Rahmen, um abzufragen was es will*
- *Vielen Kinder könnte so der Weg erleichtert werden*

Mitarbeiter Sozialamt:

- *Kinder erhalten ja jetzt schon durch die ErzieherInnen Unterstützung*

Die Befragten waren der Meinung, dass die Durchführung des Kooperationsnetzwerks auch unabhängig der betroffenen Kinder durchgeführt werden kann. Der Elternteil äußert, dass es ohne die Betroffenen möglich wäre. Die Erzieherin stellt fest, dass dadurch keine Stigmatisierung und defizitäre Arbeit nötig ist. Die Kinder würden keine Stempel aufgedrückt bekommen und die gesonderte- oder Extrastellung fällt weg. Der Vertreter des Vereins begrüßt die Idee und findet diese Art zu arbeiten sehr förderlich, da diese losgelöst vom Einzelfall stattfindet. Es würde sich am aktuellen Bedarf aller Kinder orientieren und die Gesamtheit der Erfahrungen im Prozess zusammen bringen. Die Idee, unabhängig von individuellen Fähigkeiten und Vorrausetzungen Unterstützung zu erhalten, entspricht dem Inklusionsgedanken. Der Mitarbeiter aus dem Sozialamt ist der Auffassung, dass diese individuelle und universelle Unterstützungsleistung für alle Kinder auch schon heute durch die ErzieherInnen in der Kita erbracht werden. Daher sei es auch nicht notwendig, ein gesondertes Gremium zu initiieren um Unterstützungsleistungen für alle Kinder zu organisieren. Er spricht sich jedoch vollkommen für die Inklusion aus. Er ist jedoch der Meinung, dass unter den gegebenen Umständen und Vorrausetzungen keine Inklusion möglich ist. Es soll auch keine abgestufte Form der Inklusion durchgesetzt werden sondern eine umfassende Inklusionskultur geschaffen werden.

Hier zeigt sich deutlich, dass die AkteurInnen bereit sind den Schritt weiter in Richtung Inklusion zu gehen. Es werden die Vorteile der Inklusion genannt, dass eine Arbeit losgelöst vom Einzelfall möglich ist und keine defizitären und stigmatisierenden Darstellungen der Betroffenen nötig sind. Die Personen, welche im Rahmen der momentanen Integration arbeiten, sind offen dafür gesamtheitliche Strukturen aufzubauen, um Unterstützungsleistungen für alle Kinder an deren Bedarf zur

Verfügung zu stellen. Sie haben erkannt, dass es neue Methoden gibt, mit denen eine bessere und umfassendere Betreuung für alle Beteiligten ermöglicht wird. An diesem Punkt ist jedoch die Aussage des Mitarbeiters aus dem Sozialamt, dass Unterstützungsleistungen durch die ErzieherInnen heute schon erbracht werden, kritisch zu betrachten. Ich denke schon, dass es der Anspruch jeder ErzieherIn ist dies umzusetzen. Die Voraussetzungen sind nicht überall dafür gegeben. Gerade ein Betreuungsschlüssel, wie er momentan in Sachsen vorherrscht, lässt meist nur eine Bildungs- und Erziehungsarbeit im kleinen Rahmen ermöglichen. Wenn dann noch spezifische Unterstützungsleistungen von mehreren Kindern eingefordert werden, können diese nicht für alle Kinder in adäquater Form durch das Betreuungspersonal bedient werden. An diesem Punkt sollten vor allem auch praxistaugliche Lösungen gefunden werden. Hier sehe ich vor allem die Chance, die durch den Wandel hin zur Inklusion in Zukunft besser getragen werden, in dem pauschal Personen die Unterstützung leisten vorhanden sind. Die AkteurInnen, welche direkt mit den Auswirkungen im Wandlungsprozess zur Inklusion betroffen sind, wollen die Herausforderungen mit tragen, da die Vorteile zur aktuellen Integrationsarbeit überwiegen. Jedoch unter der Prämisse, dass eine vollständige Inklusionskultur für alle Bereiche geschaffen wird.

7.3. Zusammenfassung

Um von der Auswertung der Interviews wieder den Blick auf die Gesamtperspektive zu richten, werde ich im Folgenden die prägnantesten Kernaussagen zusammengefasst darstellen.

Zunächst fällt auf, dass alle interviewten Personen Verbesserungsbedarf für den aktuellen Integrationsprozess benennen. Es lässt sich auf Grund der Äußerungen der Befragten, unabhängig vom jeweiligen Arbeitshintergrund, der Wunsch nach Veränderungen nachweisen. Diese Veränderungen beziehen sich im Wesentlichen auf die aktuelle Organisation des Integrationsprozesses und die damit verbundenen Auswirkungen auf die individuellen Wirkungsbereiche der Befragten. Dabei stehen die Beschleunigung der Verfahren und die Verbesserung der Qualität im Fokus.

Im Weiteren stellt sich aus der Auswertung der Interviews heraus, dass alle Befragten der Auffassung sind, dass Eltern und Kinder nicht genügend in die Prozesse eingebunden werden. Es wird von allen Interviewten eine bessere Information, Begleitung und Zusammenarbeit gefordert.

Als größten Faktor, der von allen Befragten geäußert wird und der sich an verschiedenen Punkten in den Interviews heraushebt, ist die Zeit zu nennen. Aus den Aussagen wird deutlich, dass Zeit einen starken restriktiven Charakter hat, sie ist bestimmend sowie bedeutungsvoll für das Leben aller. Daher muss bei der Entwicklung eines Kooperationsnetzwerks Kita im Besonderen auf den Faktor Zeit geachtet werden. Aus den Interviews ergibt sich daher, dass die Zeit für die Initiierung und Wirksamkeit des Netzwerkes einer spezifischen und individuellen Festlegung bedarf. Veränderungen sind zeitintensiv und müssen daher durch alle Beteiligten definiert und festgelegt werden. Die Erfahrungen aus Vergangenem müssen mit eingebracht werden und mit der Zukunftsperspektive verbunden werden. Die beteiligten AkteurInnen erarbeiten sich zusammen eine Einteilung und Strukturierung der Zeit, die die Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln bildet. Die Restrektion der Zeit und der damit verbunden Handlungs- und Leistungsknappheit wirkt nicht nur im Arbeitsbereich, sondern im gesamten Lebensbereich der beteiligten AkteurInnen. Daher ist die Erarbeitung einer entsprechenden Zeitperspektive ausschlaggebend für den Erfolg des Kooperationsnetzwerkes und die damit verbundenen zukünftigen Handlungsweisen im Wandlungsprozess hin zur Inklusion.

Es kann also festgehalten werden, dass sich aus den Auswertungen aufschlussreiche Befunde ergeben, die Handlungsweisen für die Verbesserung der Integration der Kinder und für den Gesamtprozess aufzeigen. Es gibt von allen Befragten den Bedarf, den aktuellen Integrationsprozess zu verbessern, um so für alle beteiligten AkteurInnen effizientere Möglichkeiten im Rahmen der Integration in einer Kita zu schaffen. In diesem Zusammenhang werden vielseitige Grundlagen eröffnet, die den schrittweisen Übergang zur Inklusion sehr stark unterstützen.

8. Fazit

Die vorliegende Forschungsarbeit befasst sich mit der Analyse der vorhandenen Integrationsstrukturen für eine Kindertageseinrichtung in Leipzig. Aus den theoretischen Vorüberlegungen ergab sich, dass Forschungsthema wie die Integration von Kindern in einer Kita verbessert werden kann und wie sich der Inklusionsprozess weiter entwickelt. Dabei lag der Fokus darauf einen Leitfaden für ein Kooperationsnetzwerk zu entwickeln, der die Zusammenarbeit unter den beteiligten AkteurInnen verbessern soll. Dieser Leitfaden entstand aus den theoretischen Vorüberlegungen und aus den Ergebnissen sowie Hinweisen aus den Interviews. Der Leitfaden bietet den Raum, um Veränderungswünsche aufzunehmen und Verbesserungen für den Integrationsprozess zu schaffen. Der Leitfaden soll als Unterstützungsinstrument genutzt werden, der den Aufbau eines Kooperationsnetzwerks begünstigen soll. Durch die Beschreibung der Vorgehensweise und den damit verbunden Aufgaben sollen anfängliche Befangenheiten und spätere Herausforderungen vorweggegriffen werden. Der Leitfaden schafft eine Grundform für die Anfangsphase des Netzwerkes, die eine sichere und zielführende Struktur zur Verfügung stellt. Er dient als Orientierungsgrundlage und ist offen gestaltet, um an situationsbezogene Begebenheiten angepasst zu werden und neue Ideen mit aufzunehmen. Der Leitfaden und die Erkenntnisse aus der Befragung sollen es ermöglichen, ein stabiles Netzwerk zu schaffen, damit zukünftig die Bereitschaft gestärkt wird, Inklusion in Kitas zu ermöglichen. Auf der folgenden Seite bilde ich den Leitfaden ab, damit dieser auch in einer veranschaulichten Form zur Verfügung steht.

Abbildung 6: Leitfaden Kooperationsnetzwerk Kita

	Vorgehensweise	Wer	Methode	Aufgaben/ Material
	Vorbereitung und Ablauf der Treffen im Kooperationsnetzwerk			
1.	Setting Ort, Zeit, Beteiligte, Einladen	ModeratorIn		Besprechungsraum, Einladungen, Termin, Anwesenheitslisten, festgelegter zeitlicher Rahmen
2.	Raumvorbereitung Sitzplätze	ModeratorIn		Stühle, Getränke, Snacks, Lüften
3.	ModeratorIn und ProtokollantIn	ModeratorIn	Vorstellungs- runde	Protokoll
4.	wechselnde Moderation und Protokollführung für das nächste Treffen festlegen			Folgeterminplanung
5.	Feedback	Alle	Schriftlich oder mündlich	Feedbackbogen
	Faktoren für die Schaffungen eines gemeinsamen Arbeitsrahmens im Kooperationsnetzwerk			
1.	Individuelle Bedürfnisse für die Kooperation klären	Alle		
2.	Austausch über Arbeitsweisen	Alle		
3.	Motive der Kooperation und Erwartungen an das Netzwerk	Alle		
4.	Verteilung von Zuständigkeiten und Aufgaben	Alle		
5.	Informationsaustausch	Alle		
6.	Planung und Entwicklung von Angeboten	Alle		
7.	Aufgabenverteilung für das nächste Treffen	ModeratorIn		

Im Rahmen der Untersuchung sind fünf AkteurInnen aus dem integrativen Wirkungsbereich einer Kindertageseinrichtung befragt. Um auswertbare Ergebnisse zu erhalten, wurden Befragungen in Form von telefonischen Interviews bei den beteiligten AkteurInnen durchgeführt. In diesen wurden den Personen positive Aspekte, die aus einem Kooperationsnetzwerk entstehen, vorgestellt und sie im Weiteren zum aktuellen Integrationsprozess befragt. Die Interviews sind dezidiert nach Hinweisen durchsucht wurden, um eine sachliche Einordnung der Ergebnisse vornehmen zu können und Begünstigungen und Herausforderungen für die Initiierung des Kooperationsnetzwerks herauszuarbeiten.

Die Erhebung der Daten mittels telefonischer Interviews erfolgte vollkommen unproblematisch. Im Vorfeld der Interviews stand die Befürchtung im Raum, abgewiesen zu werden, da die telefonische Interviewform eher ungewöhnlich für eine derartige Forschung erschien. Es standen jedoch vielmehr die InterviewpartnerInnen sehr offen den Gesprächen gegenüber. Es hatte den Anschein, dass durch die telefonische Form eine geschützte und anonyme Gesprächsatmosphäre geschaffen wurde, wodurch die Interviewten souveräne und kompetente Antworten gaben.

Im Fall der vorliegenden Forschung wird aus den Ergebnissen deutlich, dass alle Befragten einen vielseitigen Bedarf an der Verbesserung der Integration von Kindern in Kitas haben. Es werden Einschränkungen genannt, die in der Integration zu Herausforderungen für alle führen. Es fehlt sehr oft der Austausch unter den Beteiligten und damit viele Informationen, die für den Integrationsprozess nötig sind. Wenn diese Informationen an die AkteurInnen weitergegeben würden, könnte die Integration der Kinder effizienter und Unterstützungsleistungen passender geplant und gestaltet werden.

Die befragten AkteurInnen äußern deutlich ihre positiven Vorstellungen und Befürchtungen zur Initiierung eines Kooperationsnetzwerkes Kita. Die zeitlichen Aufwendungen werden jedoch als größte Einschränkung für die erfolgreiche Durchführung eines Netzwerkes geäußert. Die zeitliche Restrektion gilt es somit im Besonderen beim Aufbau eines Netzwerkes zu beachten. An dieser Stelle müssen die Vorteile der Kooperation hervorgehoben werden und auf die späteren zeitlichen Gewinne hingewiesen werden. Die Verbesserungsvorschläge der Befragten bilden die

Arbeitsgrundlage für die Initiierung des Netzwerkes und schaffen einen Bezug zu diesem. Es werden durch die Zusammenarbeit gegenseitige Verpflichtungen geschaffen, die zu einem erfolgreichen Zusammenwirken führen. Es muss somit eine zirkulärer Zusammenhang geschaffen werden, der das Netzwerk am Bestehen erhält.

Im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit, möchte ich gern zu einer Kooperation anregen. Mein Ziel ist es, für alle Beteiligten Entlastungen zu schaffen und durch das gemeinsam abgestimmte Handeln, individuell passende Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene vorzuhalten. Der Zustand in der Arbeitspraxis ist jedoch weit entfernt von den theoretischen Vorstellungen und den Forderungen hin zu einer inklusiveren Gesellschaft zu wachsen. Es gibt ausgebildetes Fachpersonal, das auf seinen Arbeitsebenen gute Ergebnisse erlangt. Jedoch gibt es keine umfassende Zusammenarbeit unter den AkteurInnen, um Angebote effizient und abgestimmt planen zu können. Es konnte beispielsweise nicht festgelegt werden, von wem die Initiierung des Netzwerkes ausgeführt wird. Aus den Äußerungen wurde zwar deutlich, dass das Sozialamt durch dessen Struktur und Autorität dafür prädestiniert sei. Jedoch schien nach Auffassung des Vertreters vom Sozialamt diese Behörde keine zusätzlichen zeitlichen oder gar finanziellen Ressourcen für ein solches Vorhaben zur Verfügung zu haben. Daher sehe ich hier nur zwei Möglichkeiten, um ein Netzwerk in dieser Form aufzubauen. Einerseits wäre es möglich, wie bei den im Punkt 5 beschriebenen Projekten, Fördergelder zu akquirieren und darüber ein Kooperationsnetzwerk Kita aufzubauen. Es wäre auch möglich direkt an das Modellprojekt Inklusion in Kindertageseinrichtungen „Eine Kita für Alle“ des Institutes 3L heran zu treten und die Ergebnisse aus dieser Arbeit vorzustellen. Das Projekt bietet eine sehr gute Grundlage um die Umsetzungsvorschläge aus dieser Untersuchung mit in die Praxis zu transferieren und bestehende Strukturen zu nutzen, um das Netzwerk gemeinsam aufzubauen.

Eine andere Möglichkeit wäre es, die AkteurInnen einzuladen und eine abgewandelte praxistaugliche Form zu entwickeln. Kleinere Treffen untereinander haben laut den Ausführungen der Interviewten auch schon in der Vergangenheit stattgefunden. Auf diese gilt es zurück zu greifen und dabei alle beteiligten AkteurInnen zusammen zu bringen. Durch den Leitfaden lassen sich diese Treffen strukturieren und es wird ermöglicht eine Art Minimalform der Kooperation zu starten, die sukzessiv ausgebaut

wird. Somit kann eine optimalere Form der Abstimmung geschaffen werden und der Integrationsprozess verbessert werden.

In meiner vorliegenden Forschungsarbeit gibt es auch Punkte, die Ansatz zum Weiterarbeiten bieten. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden den Zeitaufwand so gering wie möglich zu halten um alle AkteurInnen für das Kooperationsnetzwerk zu gewinnen. Ein Weiterer Punkt ist, die vorhandenen Ressourcen der AkteurInnen und wie sich diese besser nutzen lassen, um den aktuellen Integrationsprozess optimaler zu gestalten. Des Weiteren muss geklärt werden, wie die Mitarbeitenden aus dem Sozialamt trotz der hohen Fallzahl, die diese bearbeiten müssen, mehr in den Integrationsprozess einbezogen werden können. Eine Möglichkeit die in der vorliegenden Arbeit zusammengetragenen Aspekte in eine erste praktische Form zu bringen, wäre es, eine Informationsmappe zur Integration in Kitas zu entwerfen, in der sämtliche Informationen veranschaulicht werden. In dieser werden alle Stellen und Unterstützungsangebote aufgeführt, die für die Integration der Kinder zur Verfügung stehen.

Aus meiner vorliegenden Forschung wird klar, dass es noch ein langer Weg hin zur Inklusion in Kitas ist. Momentan muss das Augenmerk auf die Verbesserung der Integration gelegt werden, damit bestmögliche Vorraussetzungen für den Wandel zur Inklusion vorhanden sind. Die Kita bildet meinen Erfahrungen nach die beste Grundlage dafür. An diesem Ort haben Kinder grundsätzlich Zugang zu umfassenden Lern- und Erfahrungsangeboten, unabhängig von irgendwelchen Fähigkeiten oder Vorraussetzungen. Dies ist die Basis des Inklusionsgedanken und bildet somit einen Anknüpfungspunkt. Die beteiligten AkteurInnen sind bereit, weiter einen Schritt in Richtung Inklusion zu gehen. In Zukunft werden die Aspekte der Inklusion immer mehr an Bedeutung gewinnen und auch auf der politischen und rechtlichen Seite zu einem Umdenken führen. Es wird mehr in den öffentlichen Diskurs rücken und die Solidarität unter den Bürgern, zusammen für einander da zu sein, stärken. Idealerweise würde dann durch die Inklusion, ein Kooperationsnetzwerk, wie es in dieser Arbeit vorgestellt wurde, überflüssig werden lassen. Es wird eine gesellschaftliche Kultur gelebt, in der sich die Begebenheiten und Strukturen den individuellen Bedürfnissen aller Menschen anpassen.

Literaturverzeichnis

Antor, Georg (Hg.) (2006): Handlexikon der Behindertenpädagogik. Schlüsselbegriffe aus Theorie und Praxis. 2., überarb. und erw. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer.

Balz, Hans-Jürgen; Benz, Benjamin; Kuhlmann, Carola (2012): Soziale Inklusion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bertelsmann-Stiftung und der Heinz-Nixdorf-Stiftung (2008): Kommunale Netzwerke für Kinder. Ein Handbuch zur Governance frühkindlicher Bildung; eine Gemeinschaftsinitiative der Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.

Boller, Heike; Friebertshäuser, Barbara; Langer, Antje; Prengel, Annedore; Richter, Sophia (2010): Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. 3., vollst. überarb. Aufl. (Neuausg.). Weinheim [u.a.]: Juventa-Verlag.

Bolte, Annegret; Porschen, Stephanie (2006): Die Organisation des Informellen. Modelle zur Organisation von Kooperation im Arbeitsalltag. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Brachmann, Andreas (2011): Re-Institutionalisierung statt De-Institutionalisierung in der Behindertenhilfe. Neubestimmung der Funktion von Wohneinrichtungen für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Buber, Renate (2007): Qualitative Marktforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. 1. Aufl. Wiesbaden: Gabler.

Dederich, Markus (2006): Inklusion statt Integration? Heilpädagogik als Kulturtechnik. Originalausg. Giessen: Psychosozial-Verlag.

Häder, Michael; Häder, Sabine (2009): Telefonbefragungen über das Mobilfunknetz. Konzept, Design und Umsetzung einer Strategie zur Datenerhebung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hillmann, Karl-Heinz; Hartfiel, Günter (2007): Wörterbuch der Soziologie. Mit ... einer Zeittafel. 5., vollst. überarb. und erw. Aufl. Stuttgart: Kröner.

Honer, Anne (Hg.) (2011): Kleine Leiblichkeiten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines; Flick, Uwe (Hg.) (2008): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 6., durchges. und aktualisierte Aufl., Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch-Verlag.

Merten, Roland (2001): Inklusion/Exklusion und Soziale Arbeit. In: ZfE 4 (2), S. 173–190.

Niesel, Renate; Griebel, Wilfried (2009): Von der Kita in die Schule. Handlungsempfehlungen an Politik, Träger und Einrichtungen. 3. Aufl. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.

Otman, Alp (2014): Integration braucht qualifizierte Vermittlung. In: Sozial Extra 38 (6), S. 19–23.

Otto, Hans-Uwe (Hg.) (2011): Handbuch Soziale Arbeit. 4., völlig neu bearb. Aufl. München: Reinhardt.

Rathmer, Benedikt A. (2012): Kita und Grundschule: Kooperation und Übergangsgestaltung. Konzeptionen - Empirische Bestandsaufnahme - Perspektiven. Münster: Waxmann.

Spörke, Michael (2011): UN-Behindertenrechtskonvention. In: Sozial Extra 35 (11-12), S. 6–8.

Steger, Martina (2011): Wenn Kooperation Gesetz ist. In: Sozial Extra 35 (5-6), S. 29–32.8.

Stein, Anne-Dore (Hg.) (2010): Integration und Inklusion auf dem Weg ins Gemeinwesen. Möglichkeitsräume und Perspektiven. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Sting, Stephan (2006): Der Sächsische Bildungsplan. Ein Leitfaden für pädagogische Fachkräfte in Kinderkrippen und Kindergärten. Berlin: Verlag.

van Santen, Eric; Seckinger, Mike (2003): Kooperation: Mythos und Realität einer Praxis. Eine Empirische Studie zur interinstitutionellen Zusammenarbeit am Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe. München: Verlag. Dt. Jugendinstitut.

Veber, Marcel (2010): Ein Blick zurück nach vorn in der Lehrerbildung. Eine empirische Studie zur Alltagstheorie über Behinderung, Integration-Inklusion und Sonderschule. Münster: ZfL (Zfl-Text, 27).

Walhalla Fachredaktion, Walhalla (2015): Das gesamte Sozialgesetzbuch SGB I bis SGB XII. 20. Aufl. Regensburg: Walhalla und Praetoria.

Internetquellen

Aehnelt, Robert (2013): Schritte zur Inklusion. http://wiki.bildungsserver.de/bilder/upload/Schritte_zur_Inklusion_RobertAehnelt_bearbeitet1.png, aufgerufen am 10.03.2015.

Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (2011): Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a729-un-konvention.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am 16.09.2015.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014): Frühe Chancen - Lernort Praxis. http://www.fruehe-chancen.de/fileadmin/PDF/programmueberblick_final_14-05-05.pdf, aufgerufen am 08.07.2015.

Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information (2013): ICD-10-WHO. <https://www.dimdi.de/static/de/klassi/icd-10-who/> aufgerufen am 14.04.2015

Kopp, Langenhoff, Schröder (2000): Angewandte empirische Methoden: Erfahrungen aus der Praxis. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-325943>, aufgerufen am 02.07.2015.

Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 1(2), Art. 20, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0002204.>, aufgerufen am 03.07.2015.

Pädagogisches Qualitäts-Informations-System gGmbH (2013): Lernort Praxis. <http://www.paedquis.de/index.php/projekte/lernort-praxis.>, aufgerufen am 08.07.2015.

Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zur Integration von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern in Tageseinrichtungen: Sächsische Integrationsverordnung – SächsIntegrVO (2002):

[http://www.kita-buenau.de/blog/wp-](http://www.kita-buenau.de/blog/wp-content/uploads/2011/09/S%C3%A4chsIntegrVO.pdf)

[content/uploads/2011/09/S%C3%A4chsIntegrVO.pdf](http://www.kita-buenau.de/blog/wp-content/uploads/2011/09/S%C3%A4chsIntegrVO.pdf), aufgerufen am 16.09.2015.

Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (2010): Verordnung über die Anforderungen an die Qualifikation und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflegepersonen und der Fachberater: Sächsische Qualifikations- und Fortbildungsverordnung pädagogischer Fachkräfte – SächsQualiVO.

http://www.revosax.sachsen.de/vorschrift_gesamt/11517.html,

aufgerufen am 16.09.2015.

Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (2015): Gesetz über Kindertageseinrichtungen.

[http://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/1079-](http://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/1079-Gesetz_ueber_Kindertageseinrichtungen)

[Gesetz_ueber_Kindertageseinrichtungen](http://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/1079-Gesetz_ueber_Kindertageseinrichtungen), aufgerufen am 16.09.2015.

Sächsischen Staatsministeriums für Soziales (2010): Landesjugendhilfegesetz.

<http://cms.glg-sachsen.de/media/PDF/LJHG.pdf>, aufgerufen am 16.09.2015.

Schreier, Margrit (2014). Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 15(1), Art. 18,. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/viewFile/2043/3635>. aufgerufen am 03.07.2015.

Wirtschaftspsychologische Gesellschaft (WPGS). 2015.

<http://www.wpgs.de/content/view/378/336/>, aufgerufen am 02.07.2015.

Anhang-Fragebogen

Fakultät: Soziale Arbeit
Dozentin: Frau Prof. Niedermeier
ReferentInnen: Christopher Hiller



Untersuchung der Vernetzung und Kooperation der am Integrationsprozess beteiligten Personen in einer Kindertagesstätte in Leipzig

Wie lässt sich der Inklusionsgedanke in Kindertageseinrichtungen umsetzen?

- Die Interviews werde ich aufzeichnen, dazu bitte ich um Ihre Zustimmung.
- Bei den Interviews werden keinerlei persönliche Angaben zur Person erhoben.
- Die aufgenommenen Audiodateien werden ausschließlich für meine Masterarbeit verwendet und nicht an Dritte weitergegeben.

Leitfragen

1. Mit wem arbeiten Sie im Integrationsprozess zusammen?
2. Wie schätzen Sie den aktuellen Organisationsprozess der Integration für eine Kita ein?

3. Haben Sie das Bedürfnis mit anderen PartnerInnen in einem Netzwerk zusammen zu arbeiten
4. Könnten Sie sich vorstellen, in einem übergreifenden Netzwerk mit zu wirken, um die Arbeit für Kinder mit Unterstützungsbedarf gemeinsam mit allen Beteiligten abzustimmen?
5. Wie kann die Arbeit für Kinder, die momentan einen integrativen Status haben, verbessert werden?
6. Könnten Sie sich auch vorstellen, die betroffenen Kinder an diesen Treffen mit zu beteiligen?
7. Welche Vorteile oder Nachteile bestehen Ihrer Ansicht nach an einer Intensivierung der Kooperation?
8. Gibt es Herausforderungen, die für ein Kooperationsnetzwerk zu beachten sind? Wenn ja, welche?
9. Wäre es auch möglich diese Kooperation unabhängig von betroffenen Kindern durchzuführen um Unterstützungsleistungen für alle Kinder zur Verfügung zu stellen?
10. Welche Anmerkungen haben Sie zum Thema, die noch nicht beachtet wurden?

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Leipzig, 29.09.2015

Unterschrift